

Iranische Revolution gegen Arabische Revolution

Blutfehde



Iran/Irak

Monate von religiösem Gezeir und Grenzscharmützel zwischen Chomeinis Iran und dem angrenzenden ba'athistischen Irak eskalierten zu einem ausgewachsenen Krieg, als am 17. September Iran die irakischen Ölraffinerien, Flughäfen und die Hauptstadt Bagdad bombardierte und irakische Truppen weit in Irans Erdölprovinz Chusistan vordrangen. Zunächst schien Irak die überlegenen militärischen Kräfte zu haben. Sie besetzten den strategisch wichtigen

Dreht die Gewehre um!

Schatt el-Arab, das Mündungsgebiet von Euphrat und Tigris, das die Ölgebiete beider Länder mit dem Golf verbindet. Bisher können die irakischen Truppen noch ihre Belagerung von Chorrumschahr, der wichtigsten Hafenstadt Chusistans, und der Provinzhauptstadt Ahwas aufrechterhalten. Abadan, die größte Raffinerie der Welt, ist heute nach wiederholten Luftangriffen nur ein riesiger Trümmerhaufen.

Unter der Herrschaft des Schah, des vom Imperialismus gestützten Gendarmen und Tyrannen über den Golf, zwang der Iran dem Irak 1975 einen Vertrag auf, der die Grenze zwischen Irak und Iran in die Mitte des Flusses am Schatt el-Arab legte. Vorher befand sie sich auf iranischer Seite, so daß Irak den gesamten Tankerverkehr kontrollieren konnte. Aber mit der Ersetzung des Schah durch Chomeinis schiitische Theokratie sahen die Obersten aus Bagdad eine günstige Gelegenheit, Rache zu nehmen. Das iranische Militär ist in den letzten Monaten durch massive Säuberungen im Offizierskorps und Desertionen bei den Mannschaften erheblich geschwächt worden. Hunderte von Phantom-Jets und Chieftain-Panzer rosteten auf den Flugplätzen und in den Depots um Teheran, seitdem Ersatzteillieferungen und technische Unterstützung durch die Imperialisten eingestellt worden sind.

Eins ist glasklar. Die Arbeiterklasse und die Unterdrückten des Mittleren Ostens und der gesamten Welt haben absolut kein Interesse am Sieg von einer der beiden Seiten in diesem schmutzigen Grenzkrieg, der nur entscheiden würde, welche die Arbeiterklasse hassende chauvinistische Bande den Schatt el-Arab kontrolliert. Natürlich schieben beide Seiten die Schuld an dem gegenwärtigen Konflikt vor allem den US-Imperialisten in die Schuhe. Und obwohl die Imperialisten zwar den Iran als einen Hauptlieferanten für Öl unter der gegenwärtigen Herrschaft der fanatischen Mullahs abgeschrieben haben, haben sie dennoch ein Argusauge auf die Straße von Hormus, die Iran dichtzumachen drohte. Durch diese Straße, die an einigen Stellen nur 40 Kilometer schmal ist, wird ein Drittel der Ölversorgung der kapitalistischen Welt und 60 Prozent der Ölimporte Japans und Westeuropas verschifft.

USA und NATO raus aus dem Golf, Arabischen Meer, Indischen Ozean!

Angesichts der Botschaftsbesetzung in Iran und des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan, der eine von den

USA gestützte konterrevolutionäre Rebellion zu unterdrücken hilft, betreibt der US-Imperialismus im Golf und Indischen Ozean eine massive Konzentration militärischer Kräfte – darunter 31 Kriegsschiffe, zwei davon Flugzeugträger.

Eine der elementarsten Forderungen für Marxisten und die Arbeiterbewegung muß der Abzug der USA und der der NATO aus dem Golf, dem Arabischen Meer und dem Indischen Ozean einschließlich Diego Garcia sein. Sollten die USA im Golf intervenieren, wäre die Forderung von Marxisten für den militärischen Sieg jedweder Kräfte, selbst der irakischen Truppen oder der von Chomeinis „Revolutionwächtern“, wenn sie sich der imperialistischen Intervention zu widersetzen versuchen sollten. Es wäre ebenfalls denkbar, daß eine imperialistische Intervention die Sowjetunion in eine militärische Konfrontation hineinziehen könnte, was die proletarische Pflicht der bedingungslosen militärischen Verteidigung der Sowjetunion auf die Tages-

ordnung setzen würde.

Aber die imperialistischen Mächte haben in dem gegenwärtigen Konflikt wenig Einfluß und nehmen eine neutrale Haltung ein, in der Hoffnung, daß ihre Ölversorgung nicht unterbrochen wird. Irak ist zwar zur Zeit von der Militärhilfe der Sowjetunion abhängig, aber ökonomisch ein Handelspartner der westeuropäischen Imperialisten. Er hat in der letzten Zeit verstärkt versucht, sich mehr in das imperialistische Lager zu integrieren: Waffenkäufe in Frankreich und der Versuch, die starke irakische Kommunistische Partei auszulöschen. US-Präsident Carter hingegen würde im Austausch für die Geiseln hocheifrig jegliche Militärgüter liefern, die Chomeini benötigt, aber der selbsternannte „Imam“ macht mit dem „Satan“ im Weißen Haus zur Zeit keine Geschäfte.

Der Kreml unterstützt sowohl die „Arabische Revolution“ in Bagdad als auch Chomeinis „Islamische Revolution“ in Teheran.
Fortgesetzt auf Seite 2

SPD/FDP-Wahlerfolg:

Ein Sieg der Bourgeoisie

Der Sieg der SPD/FDP-Koalition war ein Sieg für den westdeutschen Imperialismus und seine erstarkende Rolle auf internationaler Ebene. Er war kein Sieg für die Arbeiterklasse. Gerade die SPD/FDP-Regierung hat mehr getan, um Westdeutschland als regionale imperialistische Macht zu profilieren, als irgend eine Regierung seit dem Weltkrieg. Sie hat während der Entwicklung Westdeutschlands zur stärksten politischen Kraft im kapitalistischen Europa (und unter den westeuropäischen NATO-Staaten) die Regierungsgeschäfte geführt, mit einer zunehmend unabhängigen Haltung gegenüber den USA und einem starken wirtschaftlichen und politischen „Drang nach Osten“. Kein Wunder, daß führende Kapitalistenkreise, Wirtschaftsbosse wie Berthold Beitz und Hans Friderichs, mehr oder weniger offen die Koalition ihren CDU/CSU-Kontrahenten vorgezogen haben.

Die einzige Überraschung bei der Wahl war das starke Abschneiden der FDP. Aber letztlich war dies nur die Unterstreichung der Tatsache, daß es sich hier um die Wahl einer bürgerlichen Koalition zwischen Reformisten und Bourgeois-Liberalen ging. Helmut Schmidt konnte sich mit Recht darauf berufen, daß viele Stimmen für die FDP „Kanzlerstimmen“ waren. Schmidt stand zur Wahl als Kanzler eines bürgerlichen

„Linksblocks“, und als solcher hat er gesiegt (zum Verdruss für Linke, die von einer SPD-Alleinregierung geträumt und gefaselt haben). Genschers FDP erholte sich von der Schlappe von Nordrhein-Westfalen und erreichte ihr zweitbestes Wahlergebnis seit 1949 – mit CDU-Stimmen und den Zweitstimmen „gemäßiger“ Wechselwähler. Schmidt führt eine gestärkte Koalition mit einem größeren bürgerlichen Anteil an – Alibi für eine Politik, die keine Zugeständnisse an den linken Flügel der SPD zu machen braucht.

Franz Josef Strauß wurde von den eigenen Wählern der CDU nördlich des Mains eine Abfuhr erteilt. Er war nicht in der Lage, seine anrüchige demagogische rechte Politik, außenpolitisch mit dem Säbel rasseln und innenpolitisch mit bonapartistischen Zügen, als Alternative zur Regierung Schmidt/Genscher schmuckhaft zu machen. Trotz Intervention der alleinseligmachenden Kirche und Ausschlichtung von Themen wie „Rentenbetrug“ und „Staatsverschuldung“ verlor Strauß, es bleibt ihm momentan nichts anderes übrig, als sich vorläufig auf seinen „Freistaat“ zurückzuziehen.

Es gibt gegenwärtig keine bessere „Verwaltung“ für das deutsche Kapital als SPD/FDP: sie steht für Wachstums- und Profitpolitik.
Fortgesetzt auf Seite 8

Nazi-Blutbad beim Oktoberfest

Der Bombenanschlag am 26. September auf das Münchner Oktoberfest steht in einer Reihe mit dem Massaker von Bologna und dem Attentat auf eine Pariser Synagoge am 3. Oktober — eine aufsteigende Welle von Terror paramilitärischer faschistischer Gruppen. Bisher hat dieser grausame, blutrünstige Anschlag 13 Todesopfer und über 200 Verletzte gefordert. Wie in Bologna am 2. August, erkennen wir die gleiche Handschrift: scheinbar zielloser Terror, blindwütigen Menschenmassen gerichtet. Jedoch war es in Bologna nicht zufällig ein Wartesaal zweiter Klasse, wo hunderte von Arbeiterfamilien auf ihren Urlaubszug warteten, in dem die Nazibomben hochgingen — in München waren die Opfer nicht zufällig hauptsächlich Arbeiter, Angestellte, Wehrpflichtige, Lehrlinge und Kinder.

Die Aktionen der Faschisten im europäischen Raum nehmen eine neue Qualität an: in Form von Massenterror, um so den Boden für einen starken Staat zu ebnet, nach dem Vorbild der „Strategie der Spannung“ der italienischen Faschisten Ende der sechziger Jahre. Auch in der Bundesrepublik ist der faschistische Blutausch im Aufschwung begriffen. Nach den Bombenanschlägen auf Ausländerwohnheime, die bereits Tote kosteten, scheint dies nun der Auftakt zu einer neuen Offensive des braunen Packs zu sein. Aber die bayrische Landesregierung stritt, um der Auffassung entgegenzutreten, unter ihren Augen dürften sich ungestraft faschistische Banden tummeln, ab, daß es sich um einen organisierten Anschlag von *rechts* handele:

„Nach den bisherigen Ermittlungen spricht alles dafür, daß es sich um die Tat eines Einzelnen gehandelt hat. Der Versuch, die Tat als organisiertes Verbrechen der Wehrsportgruppe Hoffmann zu konstruieren und gleichzeitig der Staatsregierung vorzuwerfen, diese Organisation verharmlost und nicht nachdrücklich genug beobachtet zu haben, ist in sich zusammengebrochen“ (Kommunique, zitiert in *Die Welt*, 1. Oktober).

Für die „öffentliche Meinung“ der Bourgeoisie ist der Fall einfach: ein junger, isolierter „wahnsinniger Einzelgänger“ ist es gewesen. Tot ist er auch, somit können die Ermittlungen eingestellt werden. Der „Führer“ der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ und einige Mitglieder dieser



Faschistenbande wurden verhaftet, um einen Tag später wieder frei herumlaufen zu dürfen. Oberste Priorität war es, die normale Tagesordnung im Wahlkampf wieder durchzuführen: die deutsche faschistische Vergangenheit ist „bewältigt“, der „eigentliche“ Terror kommt von links — gegen den Staat.

Die Bourgeoisie weiß, daß sie eines Tages die Faschisten brauchen wird. Es sind Terroristen gegen die Arbeiterklasse, gegen Juden, gegen ausländische Arbeiter — für das Privateigentum, für das Kapital. Kein Wunder, daß die Spur von Bologna nach Nizza führte, zum französischen *Polizeinspektor* Durand, langjähriges führendes Mitglied der faschistischen „Fane“.

Wir Trotzlisten waren uns dieser Funktion der Faschisten und ihrer Gefahr für die Arbeiterbewegung stets bewußt. Wir treten ein für den unerbittlichen *Kampf* gegen den Faschismus, nicht für die tödliche Illusion, daß der bürgerliche Staat diese paramilitärischen Banden des Kapitals wirksam verbieten könne, wie der KB sie hegt. Die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ ist bereits seit längerer Zeit offiziell verboten . . . und agiert trotzdem munter weiter! Das Attentat in München hat erneut bewiesen, daß Verbote im Kampf gegen die Faschisten *nichts* ausrichten (die werden nur vom Staat gegen linke „Extremisten“ benutzt). Das Nazipack muß durch die Aktion der organisierten Arbeiterklasse *zerschlagen* werden! ■

Iran/Irak . . .

Fortsetzung von Seite 1

tion“, trotz der Tausende von Kommunisten, die von den beiden „Revolutionen“ ins Gefängnis geworfen, erschossen oder erhängt worden sind. Heute ruft er die Kriegsparteien auf, „gutnachbarliche Beziehungen“ wiederherzustellen. Viele zweit-, dritt- und nichtrangige Weltmächte haben ihre Hilfe als Vermittler angeboten. Das reicht von Fidel Castro als Vorsitzendem der „Blockfreienbewegung“ (ironischerweise soll Iraks Präsident Hussein ihm 1982 auf diesem Posten folgen) über Pakistans Diktator Zia ul-Haq für die islamische Konferenz bis zu PLO-Chef Jassir Arafat.

Krieg: Die Feuerprobe

Der Krieg zwischen Iran und Irak stellt alle selbsternannten Revolutionäre in Iran vor eine ernste Prüfung. Das gilt besonders für diejenigen, die (mit großer Verspätung) eine kritische oder sogar feindliche Haltung gegenüber Chomeini eingenommen haben. Die Mullahs stacheln den persischen Chauvinismus und die Todessehnsucht nach dem *Dschihad*, dem heiligen Krieg gegen die ungläubigen irakischen Ba'athisten an. Die iranische Jugend folgt der „Linie des Imam“, indem sie sich in Scharen zum Militärdienst meldet.

Es überrascht uns nicht, daß anscheinend die gesamte iranische Linke vor dieser Welle des persischen Patriotismus kapituliert hat. Die Guerillas der Volksfedajin, die größte Gruppierung der iranischen Linken, soll Berichten zufolge ihre Anhänger aufgefordert haben, „die Revolution und die Unabhängigkeit des Landes gegen die Angriffe seitens des faschistischen irakischen Regimes zu verteidigen“. Diese Erklärung ist am 25. September auf der ersten Seite der erzislamisch fundamentalistischen Zeitung *Hala'at* nachgedruckt worden. Nach Angaben der *New York Times* (25. September) sollen nicht nur die Fedajin sondern „alle linken Gruppen angeboten haben, Männer an die Front zu schicken“. *Anstatt eine proletarische Opposition gegen Chomeinis heiligen Krieg zu formieren, tritt die Linke in eine unheilige Allianz ein, die von Chomeinis Fanatikern bis Kronprinz Resa reicht.*

Aber nicht nur die iranische Linke rührt die Werbetrömel für Chomeinis persisch-chauvinistischen *Dschihad*. Auch die GIM, ebenfalls Chomeini-Fan seiner „populären“ Periode, die sich während der blutigen Verfolgung der Linken im Frühjahr durch Chomeini eher durch Schweigen hervortat, reiht sich wieder mit Volldampf in den inter-

nationalen Feldzug für die persische Vaterlandsverteidigung ein: „Irakische Armee raus aus dem Iran“ posaut die fette Überschrift in *was tun* Nr. 296 vom 26. September. Nicht nur, daß sie Chomeinis Demagogie des Bündnisses zwischen Irak und dem US-Imperialismus blind übernehmen, diese pabloistischen „Wächter der Revolution“ gehen sogar so weit, die heroischen Kurden vor den Karren ihres eigenen blutigen Schlächters Chomeini zu spannen:

„Die iranische Führung könnte den irakischen Angriff sofort zum Scheitern bringen, wenn sie öffentlich erklären würde, daß sie das Selbstbestimmungsrecht der Kurden auf beiden Seiten der Grenze unterstützt und garantiert. Das könnte unmittelbar einen Keil in die irakische Armee treiben und würde den Angriffskrieg in einen Bürgerkrieg im Irak verwandeln.“

Revolutionäre kämpfen für Bürgerkrieg in Irak und Iran. Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Gerade diese unverblühte Parteinahme für Chomeini sollte subjektiv revolutionäre Genossen in der GIM überzeugen, daß die GIM zu *keiner* Zeit gegen Chomeini gewesen ist, höchstens ihre Unterstützung für die islamische Reaktion zeitweilig verschwiegen hat.

Die GIM und die HKE, die iranische Schwesterorganisation der GIM, haben Chomeini unterstützt und für ihn gelogen, von seinem Schleierzwang über die Steinigung von Ehebrechern und Homosexuellen, den Verfolgungen und Ermordungen von Linken bis zum Völkermord an den Kurden. Jetzt überrascht es uns keineswegs, daß sie diesen persisch chauvinistischen Krieg zur Verteidigung *des Schahvertrags* unterstützen. Für die GIM ist die „arabische Revolution“, die sie einst hochjubilte, auf einmal der Agent des US-Imperialismus.

Die britische Workers Revolutionary Party (WRP) und ihr deutscher Satellit, der Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA), sind ihrem „Imam“ aus Tripolis, dem libyschen Oberst Ghaddafi gefolgt, was sie aus der Arbeiterbewegung hinauskatapultiert hat. Wie Ghaddafi jubelten sie gleichzeitig die „arabische Revolution“ in Bagdad und die „islamische Revolution“ in Teheran hoch. Das ging so weit, daß sie die Hinrichtungen von Kommunisten und anderen Linken durch beide Regime rechtfertigten. Jetzt, wo sich beide „Revolutionen“ gegenseitig an die Kehle gehen, hoffen sie jammernd auf die Vermittlungsaufforderung Arafats, der in der *Neuen Arbeiterpresse* des BSA ausführlich zu Wort kommt: „Im Namen des heiligen Blutes, das vergessen wurde und aller heiligen Stätten, appelliere ich an euch . . . im Namen Gottes und der Märtyrer . . . mit gutem Willen und Entschlossenheit kann alles gelöst werden . . .“ Während jedoch die erste Äußerung der *Neuen Arbeiter-*

presse zum Krieg (Nr. 194, 26. September) den weinerlichen Appell an die reaktionären Regime in Bagdad und Teheran noch mit einer deutlich pro-irakischen Schlagseite vorträgt, wenden sich Ghaddafis Speichellecker schon eine Woche später „völlig gegen die irakische Invasion des Iran“. Diese diene „den Interessen der imperialistischen Räuber und der irakischen Bourgeoisie“. Their master's voice in Tripolis hat gesprochen und plötzlich gibt es in Bagdad wieder eine Bourgeoisie.

Krieg: Mutter der Revolution

Wir sind gegen den Sieg von einer der beiden Seiten in diesem reaktionären Grenzkrieg, aber wir sind keine Pazifisten. Wenn zwei Regime, die systematisch nationale und religiöse Minderheiten (oder im Falle der irakischen Schiiten eine *Mehrheit*) und militante Arbeiter und Kommunisten terrorisiert und ermordet haben, im gegenseitigen Kampf ihre Militärmaschinerien zerstören, so betrachten wir das nicht nur mit Abscheu. Das Ganze erinnert uns an den Grenzkrieg zwischen Indien und Pakistan 1965 um ein umstrittenes Wüstengebiet. Zwei Monate lang bekämpften sich die indischen und pakistanischen Truppen. Das einzige Ergebnis war die gegenseitige Zerstörung vieler Panzer und Flugzeuge. Wenn wir keine Hoffnung in die Arbeiterklasse von Iran und Irak hätten, ihre jeweilige Unterdrückerklasse in Teheran und Bagdad zu stürzen, würden wir den ba'athistischen Offizieren und den persischen schiitischen Mullahs jegliche Militärunterstützung gönnen, damit sie sich in der Fortsetzung ihrer uralten Blutsfehde über die Kontrolle der Gewässer von Euphrat und Tigris gegenseitig zerfleischen.

Fortgesetzt auf Seite 4

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:

W. Hohmann, 6000 Frankfurt 1

Anschrift: Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen
Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ISSN 01 733-7430

Vaterlandsverteidigung erschüttert KBW

Noch vor einem knappen Jahrzehnt marschierten Zehntausende in Westdeutschland unter dem Banner des Maoismus. Bis Ende der siebziger Jahre verkörperten die Maoisten, Erben des SDS und der APO, die dominierende Kraft in der westdeutschen Linken. Und heute? Heute liegt der Maoismus in Trümmern.

Nach der Spaltung des KB und der Selbstauflösung der Semlerschen KPD ist jetzt die größte maoistische Organisation, der KBW (die letzten Verteidiger von Pol Pots Amoklauf), an der Reihe. Erstmals seit der Gründung des KBW sah sich der ZK-Sekretär Schmierer in die *Minderheit* im ZK gedrängt. Zur Debatte stand eine Wende der Organisation – weg von KBW-Spezialforderungen, hin zu klassischem Reformismus, Ranroben an eine offene Position der Vaterlandsverteidigung. Nachdem es jedoch offensichtlich wurde, daß Schmierer nicht entmachtet werden konnte, verließ die kurzlebige ZK-Mehrheit unter Fochler – die die *alte* Politik des KBW fortsetzen wollte – mit mehreren hundert Mitgliedern die Organisation: der Anfang vom Ende des KBW. Damit geht ein Jahrzehnt politischer Dominanz des Maoismus in der westdeutschen Linken zu Ende.

Die Politik der maoistischen Organisationen ging niemals über linken Reformismus hinaus, doch waren ihre Kader ursprünglich von dem ehrlichen Wunsch getrieben, vor allem vor dem Hintergrund des schmutzigen Krieges der USA in Vietnam, der Herrschaft des Imperialismus ein Ende zu setzen, ihn zu zerschlagen. Die Opposition gegen die Sowjetunion unter dem Chruschtschow-Nachfolger Breschnew und die Zuwendung zu China beruhte darauf, daß sie die Politik der „friedlichen Koexistenz“ als einen Versuch der UdSSR ablehnten, sich mit dem Imperialismus auf Kosten der Kolonialvölker zu arrangieren und China das revolutionäre Bollwerk gegen den Imperialismus zu sein schien. Lin Biaos „Sieg im Volkskrieg“ hörte sich an wie eine militante Alternative zur Klassenkollaboration der Kreml-Bürokratie und knüpfte an der Dritten-Welt-Euphorie der radikalen Linken an. Die „Große Proletarische Kulturrevolution“ nach dem „Vorbild der Pariser Commune“ schien auf eine egalitäre Herrschaft der Arbeiterklasse hinzuweisen.

Doch dann, angesichts des sich entwickelnden antisowjetischen Bündnisses China-USA, folgten die Maoisten in Westdeutschland – wie überall sonst – ihrem Mentor in Peking, der sowjetische „Sozialimperialismus“ trat an die Stelle der USA als Hauptfeind der Menschheit. Die KPD war das klassische Beispiel. Dem KB war offene Vaterlandsverteidigung zu starker Tobak, er geriet durch den Sturz Lin Biaos und der Viererbande in eine Identitätskrise – was sind schon Maoisten ohne ihren „Sozialismus in einem Land“? Heute fuhrwerkert er im kleinbürgerlichen „alternativen“ Sumpf herum, von den Feministen bis zu den Ökologen, mit dem Erfolg, daß er sich außerhalb seiner Hamburger Basis zur Bedeutungslosigkeit verurteilt hat. Der KBW versuchte jahrelang um das Problem herumzulavieren, daß er den Austritt der BRD aus der NATO forderte, China aber für die *Stärkung* der NATO eintrat. Als die KPD sich offen für die Vaterlandsverteidigung aussprach, polemisierte der KBW dagegen. Jetzt aber wird der Druck angesichts des neuen Kalten-Kriegs-Feldzuges der USA, unterstützt von China, gegen die Sowjetunion immer größer: der KBW muß Farbe bekennen.

Die Entwicklung in China ist maßgebend für die Krise des KBW. Das Weltbild vieler KBW-Kader muß zwangsläufig ins Schwanken geraten, nachdem sie die (inzwischen kurzerhand zur „faschistischen“ Diktatur erklärten) Kulturrevolution nicht mehr ins Feld führen können, um einen angeblich qualitativen Unterschied zwischen der „sozialistischen“ VR China und der „sozialimperialistischen“ Sowjetunion zu belegen. Erinnert euch, Genossen des KBW, die gegenwärtige „Entmaoisierung“ nicht ein wenig an Chruschtschows „Entstalinisierung“, die ihr als den „Machtantritt der Bourgeoisie“ in der UdSSR bezeichnet? (Nur mit dem Unterschied, daß Moskau nie ganz seine Parteien im Ausland in der Kälte stehen ließ. Die westdeutschen pro-sowjetischen Parteien hatten entweder selber eine ausreichende Massenbasis – oder genug russisches Geld – um zu überleben.) Geht es mit rechten Dingen zu, wenn die Chinesen Jugoslawien, einst als „erzrevisionistisch“ verschrien, plötzlich als „sozialistisches Land“ charakterisieren? Und wie sieht es mit Rumänien aus, dessen Bürokratie sich von der in Polen, in Bulgarien, in der DDR nur in

einem einzigen Punkt unterscheidet: gute diplomatische Beziehungen zur VR China. Legt man eure Kriterien an, befindet sich nicht dann auch China analog zur Sowjetunion 1956 „auf dem kapitalistischen Weg“? Denn mit der Viererbande wird auch gleichzeitig dem „Großen Steueremann“ Mao der Prozeß gemacht. Laut Deng Xiaoping beging Mao „besonders den Fehler der Kulturrevolution“ (Interview mit Oriana Fallaci in *Welt am Sonntag*, 7. und 14. September).

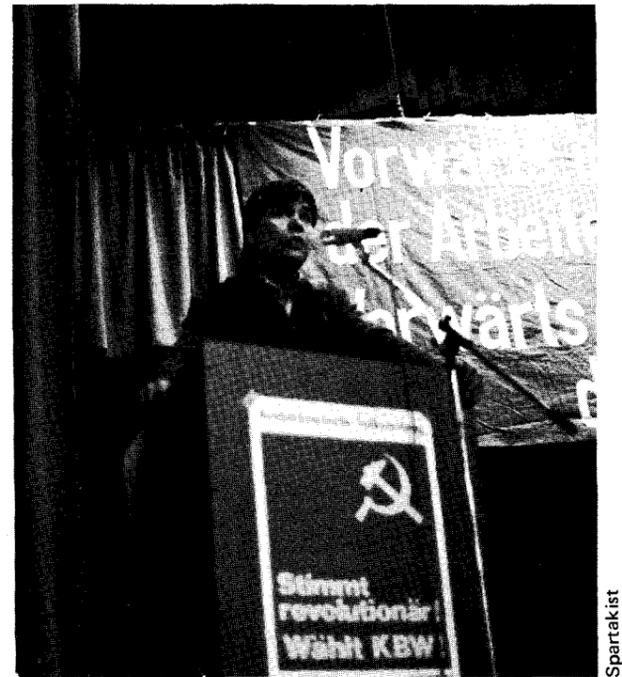
Was ist aus dem Hauptfeind US-Imperialismus geworden? Die Pekinger Bürokratie hat ihn sich zum *Verbündeten* erkoren, um ihrem stalinistischen Rivalen Sowjetunion den Garaus zu machen. Das Zusammenspiel zwischen China und dem US-Imperialismus ist während der chinesischen Invasion Vietnams deutlich geworden; Chinas reaktionärer Krieg genoß die wohlwollende „Neutralität“ Jimmy Carters. Mittlerweile hat das Weiße Haus mit den Pekinger Machthabern Waffenlieferungen für die chinesische Armee vereinbart, in Afghanistan macht man auf Seiten der feudalistischen Mullahs gemeinsame Sache gegen die Rote Armee. Das chinesisch-amerikanische Bündnis gegen den Arbeiterstaat Sowjetunion und die in der neuen Kalten-Kriegs-Hetze gegen die UdSSR deutlich werdende Gefahr eines Dritten Weltkrieges werden den KBW zwingen, eindeutig Stellung zu beziehen für oder gegen die NATO, für oder gegen imperialistische Vaterlandsverteidigung!

Wir Trotzlisten haben nie einen Pfifferling weder auf die chinesische noch auf die sowjetische Bürokratie gegeben: *beide* kollaborieren mit dem Imperialismus, beide haben auf dem Rücken des Proletariats die politische Macht usurpiert. Das Gerede vom „Sozialimperialismus“ ist antimaterialistischer Unfug. Wie kann eine *soziale* Konterrevolution auf friedlichem Weg vor sich gehen? Genausowenig wie die soziale Revolution!

Wir Trotzlisten bezeichnen die UdSSR und China in demselben Sinne als Arbeiterstaaten, wie eine Gewerkschaft auch unter reformistischer Führung eine Arbeiterorganisation darstellt. Als Kommunisten kämpfen wir nicht für die Zerstörung von Gewerkschaften, sondern für die Zerschlagung des bürokratischen Würgegriffs der Bürokraten über die Arbeiterklasse, für die revolutionäre Führung dieser Arbeitermassenorganisationen. Gleichmaßen kämpfen wir für den Sturz der Bürokratien in Peking und Moskau durch die *politische* Revolution des Proletariats, um eine genuine Sowjet-(Räte-)Herrschaft der Arbeiterklasse

KBW deckt Terror türkischer NATO-Generale!

Als am 27. September 2000 Demonstranten in Frankfurt gegen den Putsch der türkischen Militärjunta protestierten und der Block der TLD „Nieder mit der Militärherrschaft der türkischen NATO-Generale! Für eine Arbeiter- und Bauernregierung!“ rief, lief auch ein Häuflein von KBWlern mit. Sie müssen die neueste Wende im KBW nicht mitbekommen haben: der KBW *rechtfertigt* den Terror der türkischen Generale! In der *Kommunistischen Volkszeitung* Nr. 42 (13. September) bringt der KBW es fertig, wie sonst in der westdeutschen Linken nur noch die MLD, die Treibjagd auf die Linke, das Verbot der DISK-Gewerkschaft, die Verfolgung der Kurden zu rechtfertigen: „Dabei decken sich ihre Maßnahmen (der Militärs) in einem Punkt auch mit den Interessen der türkischen Nation: in der Unterdrückung terroristischer Aktivitäten, ... die sowohl von der äußersten Rechten wie von Parteigängern der Sowjetunion und linksopportunistischen Kräften ausgehen, und in der Abwehr der Aggressions- und Infiltrationsversuche der Sowjetunion.“ Lakaientum für die türkischen Pinochets, Parteinarbeit für die türkischen NATO-Generale gegen den Arbeiterstaat UdSSR – hier sehen wir die Logik der Drei-Welten-Theorie folgerichtig zu Ende geführt, schwarz auf weiß!



Fred Zierenberg, Mitglied des ZK der TLD, spricht auf Frankfurter KBW-Veranstaltung (30. September)

zu schaffen. Voraussetzung für die politische Revolution ist die Verteidigung der bereits existierenden proletarischen Errungenschaften, der proletarischen Eigentumsformen (Planwirtschaft, Außenhandelsmonopol) gegen den Imperialismus. Wer wie der KBW bestehende Positionen nicht verteidigen kann, vermag auch keine neuen zu erobern.

Die Imperialisten setzen, allen voran die USA, auf die soziale Konterrevolution in Osteuropa (und *letztendlich* auch in China!), um sich verlorengegangene Märkte wiederzuerobern. Die Theorie der Drei Welten ist nichts als eine ideologische Rechtfertigung der chinesischen Bürokratenkaste für die Kollaboration mit dem Imperialismus, in Wirklichkeit eine *Zwei-Welten-Theorie*: die Sowjetunion gegen den Rest der Welt und umgekehrt. Schmierer als vehementer Vertreter der Drei-Welten-Theorie, mit ein bißchen Nachhilfeunterricht durch die MLD, führt den KBW – über den Umweg einer „Friedensvertrags“-Theorie – hin zur offenen Vaterlandsverteidigung.

Zu deren Rechtfertigung „entdeckt“ Schmierer, die Leninsche Imperialismustheorie revidierend, zwei verschiedene Arten von Imperialisten: „... innerhalb der imperialistischen Länder selber hat sich ein qualitativer Unterschied herausgebildet zwischen den beiden Supermächten ... und jenen imperialistischen Ländern, die den Hegemonialbestrebungen der beiden Supermächte ausgesetzt sind und von den Ländern der Dritten Welt ... neutralisiert und teilweise als Verbündete gewonnen werden können“ (*Kommunismus und Klassenkampf* Nr. 10, Oktober 1980). Da gibt es also gute Imperialisten – z. B. *Westdeutschland* als Teil der „zweiten Welt“ –, potentielle Bündnispartner, und böse: die „Supermächte“ vor allen Dingen die „aufstrebende“ Supermacht und der „Hauptfeind Nr. 1“ Sowjetunion.

Auf dem Weg zur Vaterlandsverteidigung nimmt der KBW eine politische Frontbegradigung vor. Die „Durchbruchstheorie“ (den 1. Mai 1977 beispielsweise hatte der KBW unter das Motto des „bewaffneten Aufstandes“ gesetzt) wird ad acta gelegt, mit endlosen Volksentscheidungs- und Zimbabwe-Kampagnen, mit abenteuerlicher Konfrontationspolitik gegen den bürgerlichen Staat (siehe die Fahrpreiskampagnen) hat er nichts mehr am Hut. Den ganzen Ballast einer Reihe von KBW-Spezialforderungen, mit denen er sich eingestandenmaßen lächerlich gemacht hat, wollen Schmierer und Konsorten abwerfen. Die „Bewegung“ soll nicht mehr „gemodelt“, sondern „aktiv unterstützt“ werden. Zudem konzentriert der KBW seine Politik jetzt auf *nationales* Terrain.

Dieses alles hat zu einer massiven Abspaltung des *halben* ZK unter Fochler und mehreren hundert Mitgliedern geführt. Fochler will die alte Politik des KBW fortsetzen, jene eigentümliche Mischung von Substitutionalismus, Abenteuerismus und Reformismus. Von einer Linksabspaltung kann nicht die Rede sein, hält doch auch er an der Drei-Welten-Theorie fest, ohne deren konterrevolutionäre Konsequenzen (*Burgfrieden* mit der eigenen Bourgeoisie) voll zu Ende denken zu wollen. (Obwohl Fochlers „Volksbewaffnung“ – wohlweislich nicht die Bewaffnung des Proletariats gegen die eigene Bourgeoisie – in die gleiche Kerbe haut.)

Fortgesetzt auf Seite 4

Papst Wojtylas Linke

Die Auguststreiks riefen eine seltene Einmütigkeit der „linken“ und bürgerlichen Öffentlichkeit hervor. Die GIM tönte von einem „Sieg der Arbeiter“, der KBW sprach von einem „großen Sieg der Arbeiterklasse“, Franz Josef Strauß erklärte die „freien Gewerkschaften“ als einen ersten Schritt in Richtung parlamentarische Demokratie, der polnische Papst rief den Streikenden zu: „Ich bin mit Euch!“. Ein Zufall, diese Einheitsfront? Wohl kaum. Die polnischen Ereignisse brachten alle Schattierungen des Antisowjetismus an die Oberfläche, „links“ wie rechts, von der Hetze der Maoisten gegen den „Sozialimperialismus“ bis zu den Kalten Kriegern Brzezinski und Carter.

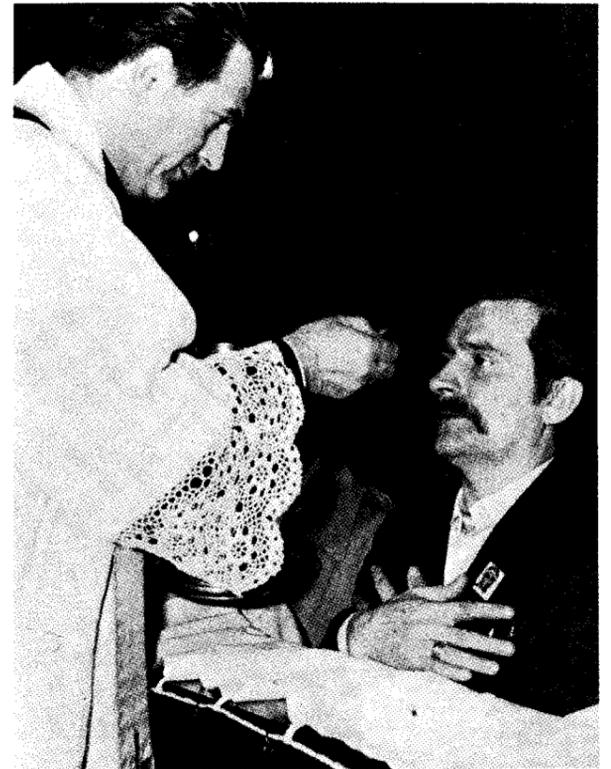
Wir Trotzlisten unterstützten den Streik insoweit, wie er „die polnische Arbeitermacht zum Kampf gegen die stalinistische Bürokratie vergrößert“ („Arbeiterstreiks in Polen“, *Spartakist* Nr. 32, September), wir allein aber warnen auch vor dem gewaltigen Einfluß der katholischen Irreführer und sozialdemokratischen Dissidenten. Diesem Potential für eine soziale Konterrevolution den entschiedenen Kampf anzusagen, ist für Kommunisten eine Selbstverständlichkeit. Aufgabe von Revolutionären ist es, der Streikbewegung eine *proletarische* Stoßrichtung zu verleihen, sie zur politischen Revolution zum Sturz der Bürokratie zu führen, die auf den bestehenden *proletarischen Eigentumsverhältnissen in Polen aufbaut*.

Für die GIM hingegen war es eine Selbstverständlichkeit, Figuren wie den Sozialdemokraten Kuron und den Papstverehrer Walesa (der seine Wohnung mit einem Pilsudski-Porträt schmückt und solche „Freunde“ der Arbeiterklasse wie den Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse, Norbert Blüm, nach Polen einlädt) *voll zu unterstützen*. Der SPD warf die GIM vor, die polnischen Arbeiter nicht unterstützt zu haben – solche „Unterstützung“ braucht die polnische Arbeiterklasse nicht! Während sie bei den Bundestagswahlen vor der Sozialdemokratie kapitu-

lierten, befanden sie sich in der Polen-Frage in einer unheiligen Allianz mit ... Franz Josef Strauß. Wie er unterstützt die GIM das Recht der Kirche auf Zugang zu den Massenmedien. Dem VS-Superstar Tariq Ali zufolge können Sozialisten und Klerikal-Reaktionäre in den neuen Arbeiterorganisationen getrost koexistieren. Die widersprüchlichen 21 Forderungen der Werftarbeiter übernehmen diese Revisionisten als „Teil eines aktuellen Übergangsprogramms“ (*was tun* Nr. 294, 30. August).

Polen bewies erneut, daß kleine internationale faule Blöcke wie Spartacusbund-Internationale Kommunistische Liga keinerlei Existenzberechtigung haben. Die österreichische IKL schwieg die Rolle der Kirche tot und lief lobhudelnd hinter der Bewegung „kritischer und selbstbewußter Arbeiter“ hinterher. Die polnische Arbeiterklasse wird's schon richten... was braucht's da noch eine revolutionäre Partei? Das war für den Partner vom Spartacusbund – nicht zuletzt unter dem politischen Druck der TLD – etwas schwer verdaulich. Er übernahm entgegen seinen Gepflogenheiten nicht die IKL-Erklärung, sondern kam Wochen später mit einer eigenen heraus. In ihr taucht zumindest vage das konterrevolutionäre Potential des Klerus auf, man legt zumindest verbal Wert auf die kommunistische Avantgardepartei. Aber dann schlägt die zentristische Halbherzigkeit des Spartacusbundes wieder durch. Er erklärt seine „Bereitschaft, die SU und die anderen deformierten Arbeiterstaaten gegen jeden Angriff durch den Imperialismus zu verteidigen“ (Polen-Sonderausgabe von *spartacus*, ohne Datum), gleichzeitig aber fordert er Polens „Bruch mit dem Warschauer Pakt...“ Was denn, Genossen, soll sich der polnische Arbeiterstaat vielleicht mit Messer und Gabel gegen den Imperialismus verteidigen?

Der KBW macht sich in Polen für ein „noch breiteres Klassenbündnis – bis in die Führung ... der Katholischen Kirche hinein“ (*Kommunistische Volkszeitung* Nr. 35,



Lech Walesa: „Gott wird mir die Kraft geben, für mein Land zu kämpfen“

25. August) stark. Klar, für ihn ist der Hauptfeind die UdSSR. Und wer würde sich denn da als Bündnispartner für das „demokratische Ziel“ der „Souveränität“ besser eignen, als die Divisionen des Papstes selbst, als die katholische Kirche?

So werden die polnischen Arbeiter von Pseudorevolutionären jeder Couleur ans Messer des Imperialismus und in die Hände der Konterrevolution in Polen selber geliefert. Polen war ein Test für die vorgebliche Linke – sie ist mit Pauken und Trompeten durchgefallen. ■

KBW...

Fortsetzung von Seite 3

Wenngleich der KBW immer Politik auf Basis eines reformistischen Etappenprogramms, eines dem Erfurter Programm Kautskys entlehnten Minimal- und Maximalprogramms betrieben hat, so bestand doch das Maximalprogramm zumindest dem Anspruch nach im Sturz der Bourgeoisie und im Kampf für den Sozialismus. Jetzt wird der Burgfrieden zunehmend zum Maximalprogramm. Eine „demokratische Außenpolitik“ möchte er dem deutschen Imperialismus „aufzwingen“, der Krieg soll „verzögert“ werden. Zwar konzidiert Schmierer noch, daß der Hauptwiderspruch in Westdeutschland der zwischen Proletariat und Bourgeoisie sei, gleichzeitig aber schreibt er: „Wenn die Hauptkriegsgefahr von den beiden Supermächten ausgeht, dann kann man den Kampf gegen den imperialistischen Krieg nicht hauptsächlich gegen den BRD-Imperialismus führen“ (*Kommunismus und Klassenkampf* Nr. 9, September 1980).

Für uns Trotzlisten steht – in den Worten Liebknechts – der Hauptfeind im eigenen Land! Die Politik des KBW läuft letztendlich auf nichts anderes hinaus, als den Imperialismus zu „demokratisieren“, wir Kommunisten kämpfen für seine *Zerschlagung*. Nicht nur „BRD raus aus der NATO!“ sondern „Nieder mit der NATO!“, „Keinen Mann,

keine Frau, keinen Pfennig für die Bundeswehr!“ skandierten die Demonstrantenblöcke der Trotzlistischen Liga Deutschlands am 1. Mai. Der KBW führt seine Mitglieder in den Sumpf des Sozialchauvinismus und Pazifismus. Den Krieg gilt es nicht durch pazifistische Illusionsmacherei zu „verzögern“, sondern durch die revolutionäre Mobilisierung des Proletariats zu *verhindern*, oder ihn in den *Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie* umzuwandeln. „Dreht die Gewehre um!“ hieß Lenins Parole gegen die Imperialisten. Seit dem Ersten Weltkrieg hat sich nur eines geändert: es sind Staaten entstanden, die der Herrschaft des Kapitals entrissen worden sind. „Vaterlandsverteidigung“ ist nur dort legitim und sogar Pflicht, wo die Arbeiter ein Vaterland haben: in den Arbeiterstaaten. Selbstverständlich treten wir Trotzlisten auch für die *militärische* Unterstützung kolonialer und halbkolonialer Länder wie auch antiimperialistischer Kämpfe gegen imperialistische Okkupation und Aggression ein – es sei denn, ein Kampf um solche Länder wird zu einem untergeordneten Moment in einer innerimperialistischen Auseinandersetzung.

Die Forderung nach einem „Friedensvertrag“ in Deutschland mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges ist die Krönung der „demokratischen Außenpolitik“ des KBW. Aber wie läßt sich denn ein solcher Friedensvertrag durchsetzen? Wenn, wie der KBW zugeben wird, Breschnjew, der angebliche „Hitler unserer Tage“, sich an einen solchen Vertrag nicht halten wird, dann kann man ihn doch wohl nur in gemeinsamer Aktion mit den *US-Imperialisten* durchsetzen!

Für uns Internationalisten ist die nationale Frage in Deutschland in der Tat von strategischer Bedeutung: im Kontext der europäischen Revolution. Eine revolutionäre Entwicklung in Deutschland müßte unweigerlich den Stein im übrigen Europa ins Rollen bringen. Eine wiedervereinigte Arbeiterklasse in einem sozialistischen Rätedeutschland würde ein mächtiger Hebel sein im Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Die TLD kämpft für die *revolutionäre* Wiedervereinigung Deutschlands durch die soziale Revolution im Westen und durch die politische Revolution des Proletariats im Osten.

Aber der Quatsch mit dem Friedensvertrag öffnet nur der sozialen Konterrevolution in der DDR Tür und Tor. Diese Politik hat Tradition – schon 1952 versuchte sich Stalin in einem Kuhhandel: wir, die Sowjetunion, bieten euch die Wiedervereinigung unter *kapitalistischen* Vorzeichen an, wir geben die proletarischen Eigentumsverhältnisse in Ostdeutschland preis, dafür verhaltet euch bitte „neutral“ gegenüber der Sowjetunion. Der Handel kam nicht zustande, aber Stalin war zum *konterrevolutionären Ausverkauf* bereit. An diese Tradition knüpft der KBW an.

Maoismus – das ist heute nichts anderes als ein Kodewort für Kollaboration mit dem Imperialismus und Vaterlandsverteidigung. Trotzismus – das heißt Kampf für die sozialistische Weltrevolution. Subjektiv revolutionäre Genossen im KBW müssen sich entscheiden. ■

Iran/Irak...

Fortsetzung von Seite 2

Aber der Krieg ist auch die Mutter der Revolution. Der Konflikt legt die wirklichen iranisch-irakischen „Grenzprobleme“ offen: die unterdrückten Minderheiten, die durch die künstliche Grenze geteilt sind, vor allem die Kurden und die Araber von Chusistan, die dort die Mehrheit ausmachen (arabische Nationalisten sprechen zutreffender von Arabistan).

Die kurdische Nation, durch fünf Staatsgrenzen geteilt, ist sowohl von den Ba'athisten als auch von Chomeinis „Revolutionswächtern“ blutig unterdrückt worden. Chomeini ist nur deshalb von einem massiven Völkermord abgehalten worden, weil er nicht in der Lage war, eine moderne Armee dadurch zu schaffen, daß er das Schwert des Islam schwingt und verspricht, Märtyrer würden schneller in den Himmel kommen. Der Krieg zwischen Irak und Iran bietet den Kurden die beste Gelegenheit seit 1946, seit der kurzlebigen „Kurdischen Republik“ von Mahabad, einen Nationalstaat zu schaffen. Leninisten unterstützen das bedingungslose Recht der kurdischen Nation auf Selbstbestimmung und verteidigen dieses Recht, solange die Kurden sich nicht einer imperialistischen Macht unterordnen. Das gilt auch für den Fall, wenn die kurdische Unabhängigkeit zunächst nur für einen Teil des kurdischen Volkes, z. B. den in Iran lebenden, erreicht wird.

In der Raffinerie von Abadan und auf den Docks von Chorramschahr gibt es ein Proletariat, das eine arabische Mehrheit hat, aber ansonsten aus Nationalitäten ganz Irans und des Mittleren Ostens besteht (obwohl Chomeini viele ausländische Arbeiter, besonders die indischen und pakistanischen, ausgewiesen hat). Die Ölarbeiter Irans und Iraks sind schon immer unter den fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse ihrer Länder gewesen.

In ihren Reihen (ebenso wie unter den heroischen, wenn auch völlig konfuse kleinbürgerlichen Radikalen der iranischen Fedajin) muß man die Kader suchen für genuin revolutionäre trotzkistische Parteien in Irak und Iran, Sektionen der wiedergeborenen Vierten Internationale. Dieser Krieg und die Position des revolutionären Defätismus wird eine Feuerprobe für eine revolutionäre Umgruppierung dieser Kader sein. Sie müssen von Illusionen in den radikalen arabischen Nationalismus der Ba'athisten oder den utopischen Populismus der Fedajin gebrochen werden.

- Chomeini und Hussein müssen den Weg des Schah und der Haschemiten im Irak gehen!
- Der Hauptfeind steht im eigenen Land!
- Dreht die Gewehre um, gegen die Mullahs und Obersten!
- Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Nach Workers Vanguard Nr. 265, 3. Oktober

Mit Bericht und Dokument zur Ersten Delegiertenkonferenz der internationalen Spartacist Tendenz!

DM 2,-

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/M. 1
Pschk. Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)



Trotzkisten gegen Anti-Strauß-Volksfront der GIM

Gegen den nationalen Werbefeldzug der GIM für die SPD/FDP-Koalition erhob sich auf fast allen ihren Veranstaltungen trotzkistischer Protest. Genossinnen und Genossen der Trotzkistischen Liga Deutschlands verteidigten die revolutionäre Position der *Klassenopposition* gegen Bündnisse der *Klassenkollaboration* gegenüber der Anti-Strauß-Volksfrontpolitik der GIM. Der Buhmann Strauß diente ihr als Entschuldigung für ihren schamlosen Nachtrab hinter der SPD, als Auftakt, die angestrebte „sozialistische Alternative“ zu realisieren: eine „sozialistische Alternative“ als reformistisch/zentristischer Block im Umfeld der Sozialdemokratie. Bewaffnet mit ihrem internationalen Dokument für die „sozialistische Demokratie“ wird die GIM zum besten Kämpfer für den „demokratischen Sozialismus“.

In Westberlin hatten die Zeitschrift *Kritik* und die GIM den über 2000 Besuchern ein illustres Podium in die Manege des Zirkus Tempodrom gesetzt: Ernest Mandel, Führer des „Vereinigten Sekretariats“ der sich fälschlicherweise „Vierte Internationale“ nennenden Organisation, Jakob Moneta, pensionierter Bürokrat der IG Metall; Westberlins bürgerlicher Chefintegrierer der „heimatlosen Linken“ und Durchpeitscher des Hochschulrahmengesetzes, den sozialdemokratischen Wissenschaftssenator Peter Glotz; Karsten Voigt, ehemaliger Juso-Bundesvorsitzender und heute gemäßigter SPD-Abgeordneter; Rudolf Bahro, grüner Steinzeitsozialist und den alles „Alternative“ vermarktenden *Kritik*-Herausgeber Ulf Wolter. Diese Veranstaltung konnte nur dazu dienen, (gar nicht so) „linke“ SPD-Figuren der zweiten Garnitur aufzuwerten. So erklärte Mandel denn auch, im Westen sei „ein Schritt vorwärts gemacht worden, mit Mitgliedern von Parteivorständen gemeinsam zu diskutieren. Das ist ein Riesenerfolg; dieses Ergebnis müssen wir verteidigen.“

Ein Trupp von anarchospontaneistischen „Antifaschisten“ versuchte unter „SPD-Faschisten“ und „NATO-SPD“-Rufen, die Veranstaltung zu sprengen. Genossen der TLD beteiligten sich aktiv an der Verteidigung des Podiums: Putsche sind nicht der Weg, um die politischen Steigbügelhalter der SPD zu entlarven und die Mitglieder der GIM für trotzkistische Positionen zu gewinnen!

Flugblätter der Westberliner T5-Opposition der GIM sprachen sich gegen die Wahlpolitik ihrer Mehrheit aus: „Für Mandel und die GIM-Mehrheit ist die SPD, weil sie eine „bürgerliche Arbeiterpartei“ ist, prinzipiell wählbar – egal ob sie sich mit einer stockreaktionären bürgerlichen Partei wie der FDP in ein und derselben Regierung befindet und erklärtermaßen die Koalition auch nach einem Wahlsieg fortsetzen will und wird... Es gibt 1980 keine kommunistische Alternative, die zu den Bundestagswahlen antreten könnte“ („Zauber der Manege: Linker Wahlzirkus um die SPD“). Sehr richtig! Aber welche Konsequenz folgt daraus? Keine! Die SPD-Unterstützung der GIM ist weder Ausnahme noch Zufall. Das Vereinigte Sekretariat unterstützte auch die Allende-Volksfront in Chile, Mitterrand in Frankreich, Péron in Argentinien, Carvalho in Portugal. Diese Politik hat Methode: Es ist die Politik des biegsamen Rückgrats. Dagegen hatte die GIM im „Deutschen Herbst“ 1977 nichts anderes während der „Anti-Terror“-Hetzjagd der Bourgeoisie zu sagen, als: „Der individuelle Terror nützt nur den Rechten“. Ernsthafte Linke werden erkennen müssen, daß nur die Perspektive des *Bruchs* mit dieser verrotteten Organisation und der Rückkehr zum Programm



GIM/SPD-Veranstaltung im Westberliner „Tempodrom“. Genosse Rolf Roskowski interveniert für die TLD: „Leninisten unterstützen nie bürgerliche Koalitionsregierungen.“ Links im Bild: Ex-Jusoführer Karsten Voigt und Ernest Mandel

Trotzkis den Weg vorwärts weist!

Nur eine dürftig besuchte zentrale Wahlveranstaltung konnte die GIM, diesmal allein mobilisierend, in Köln ihrem Stargast Peter von Oertzen bieten. Oertzen, ehemaliger SPD-Minister, der bereits auf der Sozialistischen Konferenz in Kassel auf Stimmenfang war, ist als SPD-Pseudolinker eine exponierte Integrationsfigur für das bürgerlich-parlamentarische System. Eine Kritik der GIM an der über 10 Jahre währenden SPD/FDP-Regierungspolitik, an der Verantwortung der SPD für die Stuttgart-Stammheim-Toten oder die Berufsverbote war von diesen Opportunisten nicht zu erwarten.

Tariq Ali, Ex-Guru der Neuen Linken und Führer der britischen IMG (Schwesterorganisation der GIM), war nicht zufällig bestellt, um für Jubelstimmung zu sorgen. Silvia Lenz von der TLD führte in der Diskussion aus, daß Tariq Ali den Weg der „Sozialistischen Alternative“ bis zu Ende geht: „Tariq Ali tritt für die bedingungslose Fusion mit der staatskapitalistischen britischen SWP ein. Zu Afghanistan fordert er den Abzug der Roten Armee. Selbst während des fast drei Monate währenden britischen Stahlarbeiterstreiks bewies er Labour seine Zuverlässigkeit. In Birmingham ‚debattierte‘ er mit dem Polizeipräsident über die Frage: ‚Ist die Polizei unnötig brutal?‘ Genossen, Ihr werdet einen Preis bezahlen müssen für die von Euch jetzt eingeschlagene Politik.“

In München erzählte der 80jährige ehemalige trotzkistische Kämpfer Oskar Hippe von seinen 60 Jahren in der Arbeiterbewegung. Nach einer Intervention Frank Behrs von der TLD sprach Hippe – der heute noch links von der GIM-Mehrheit steht – von seiner bitteren Erfahrung nach der Entlassung 1956 aus stalinistischer Haft. Wie es in seinen Memoiren heißt: „Die Genossen hatten sich auf Grund eines Beschlusses der IV. Internationale in der SPD organisiert, um dort mit den Linken in der Partei an der Herausbildung eines sozialistischen Flügels zu arbeiten. Dabei hatten sie vergessen, die organisatorischen Bindungen der Gruppe weiter auszubauen, ihren organisatorischen Zusammenhalt zu pflegen und neue Mitglieder für die Gruppe zu werben“ (... und unsere Fahne ist rot, Hamburg 1979). Hippe erzählte zum sichtbaren Ärger der GIM-Vertreter von seiner Opposition zu der Politik des tiefen Entrismus in der SPD und seiner Kritik an Michel Pablos Perspektive von „zweihundert Jahren Stalinismus“, für ihn der Grund, mit Georg Jungclas und der Vorläuferorganisation der GIM zu brechen und sich dem antipabloistischen Kampf des Internationalen Komitees anzuschließen.

Auch in Tübingen referierte Oskar Hippe über Aufstieg und Degeneration der KPD sowie die Rolle der SPD mit der Konsequenz, sich gegen die SPD-Wahlunterstützung auszusprechen (allerdings charakterisierte Hippe die SPD fälschlich als „kleinbürgerlich-liberal“). Hier kam es zum Eklat, als der PB-Repräsentant Winfried Wolf zur Wahl der SPD aufrief, aber sich anmaßte zu sagen: „Ich stimme mit 99,9 Prozent von dem, was Genosse Hippe ausgeführt hat, überein.“ Silvia Lenz als Vertreterin der TLD entgegnete Wolf, wenn er mit 99,9 Prozent von HIPPES Beitrag übereinstimme, dann seien für ihn Partei und Programm bloß 0,1 Prozent revolutionärer Politik. Beifall erhielt auch Genossin Lenz, als sie die kriminelle Kapitulation der GIM vor sozialdemokratischen Dissidenten und der katholischen Kirche in Polen angriff. Ein Tübinger GIMler kritisierte den GIM-Mehrheitsbeschluss und sprach sich gegen die SPD-Unterstützung aus. Ein zweiter Tübinger GIM-Führer attackierte Wolfs schmierigen Versuch, HIPPES Tradition für sich in Anspruch zu nehmen, nahm die liquidatorische Linie der „sozialistischen Alternative“ aufs Korn und trat für die Verteidigung des Übergangsprogramms ein. Wolf konnte nur entgegnen, das wäre ein „Sektenbeitrag“ – was ihm den Zwischenruf „demagogische Unterstellung“ von einem der GIM-Mitglieder eintrug. Wolf fand sich genötigt, den Zwischenrufer daran zu erinnern, daß sie in der gleichen Organisation seien.

Der öffentliche Familienkrach in Tübingen kann nicht überraschen. Ursprünglich hatte es in der GIM eine Mehrheit gegen die SPD-Unterstützung gegeben (bestehend aus einem faulen Block von Tendenz-3-Workeristen, die die SPD für bürgerlich halten, und von GIM-Linken, die die SPD als bürgerliche Arbeiterpartei charakterisieren). Damals erfuhren die GIM-Mitglieder aus der bürgerlichen Presse, der *Frankfurter Rundschau*, daß ihre Führung die Beschlüsse der Nationalkonferenz offen mit Füßen tritt: Mandel und Moneta (in einer *was tun*-Sondernummer) und Winfried Wolf als GIM-Vertreter auf der Sozialistischen Konferenz riefen unverhohlen zur SPD-Unterstützung auf. Von dieser Organisation kann das Proletariat keine Führung erwarten; die GIM-Linke muß dieser Tatsache ins Auge sehen. Die GIM erzieht nicht bolschewistische Kader, sondern Zyniker und Karrieristen. Die SPD-Anbiederei der GIM sollte für subjektiv revolutionäre GIM-Mitglieder ein Grund mehr sein, mit dieser Organisation zu brechen und ihr Leben nicht in den Dienst einer schwammigen „sozialistischen Alternative“ zu stellen, sondern es für den Aufbau einer leninistischen Kampfpartei einzusetzen. ■

WORKERS VANGUARD

Marxist Working-Class Biweekly
of the Spartacist League/U.S.

– 25,- DM for 24 issues – AIRMAIL
– 8,- DM for 6 introductory issues –
AIRMAIL

ORDER FROM/PAY TO:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/M. 1
Pschk. Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)

Wenn der Vietnamkrieg indirekt zu einer Schwächung des amerikanischen Bündnisses mit den imperialistischen Mächten Europas führte, dann machte Washington den Verlust teilweise wieder wett, indem es politischen Einfluß im maoistischen China gewann. Sowohl Richard Nixon als auch Henry Kissinger spielten mit dem Gedanken, China gegen Rußland auszuspielen, noch bevor sie 1969 in das Weiße Haus einzogen. Unbeeinflusst von formalen ideologischen Standpunkten zeigten sie hierin einen größeren Sinn für Weltmachtpolitik als die meisten bürgerlichen Politiker der USA. Kissinger schätzt sich selbst als Realpolitiker und Konservativen der Metternich-Schule ein. Nixon ist nur ein machthungriger Widerling ohne Prinzipien und glaubt, daß alle anderen auch so sind.

Nach Meinung von Kissinger hatte die offensichtliche extreme Nervosität des Kreml angesichts der amerikanischen Annäherung an China gerade den gegenteiligen Effekt. Sie überzeugte die Nixon-Regierung von dem hohen Wert der chinesischen Karte. In der gegenwärtigen Situation sollte man nicht vergessen, daß die Sowjets Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre mehr als gewillt waren, ein Bündnis mit den USA gegen China abzuschließen, inklusive militärischer Ziele. Anfang 1969 deutete Dobrynin, der russische Botschafter in Washington, gegenüber Kissinger an, die UdSSR könnte Taiwan als unabhängigen Staat anerkennen. Ernsthafter war 1970 der Vorschlag, den die UdSSR den USA machte, ein „Abkommen über einen unbeabsichtigten nuklearen Krieg“ abzuschließen, das eine Bestimmung enthielt, die es beiden Parteien erlaubte, gegen jede „nukleare Provokation“ eines dritten Landes Maßnahmen zu ergreifen. Wie Kissinger bemerkt, war dies nichts als ein Appell an die Amerikaner, einen sowjetischen Präventivschlag gegen Chinas nukleare Anlagen zu unterstützen.

Kissinger, der von einer Doktrin des Machtgleichgewichtes ausging, lehnte diese sowjetischen Angebote für eine Allianz gegen China ab. Von Anfang an sah er in einem Bündnis mit China einen militärischen Wert, wenn auch nur den, sowjetische Kräfte vom Europa der NATO abzulenken.

„Dann würden sich auch viele unserer asiatischen Freunde nicht mehr so sehr von China bedroht fühlen müssen. Zugleich konnte sich die Lage in Europa entspannen, wenn sich die Sowjetunion intensiver um die Vorgänge an ihrer langen asiatischen Grenze kümmern mußte“ (*Memoiren 1968–1973*).

Buchbesprechung

MEMOIREN 1968-1973

Henry Kissinger

C. Bertelsmann Verlag, 1979

Zweiter von zwei Teilen

Kissinger enthüllt, daß sich die USA bereits vor Nixons Besuch bei Mao im Februar 1972 entschlossen hatten, China gegen die Sowjetunion zu verteidigen. Während des indisch-pakistanischen Krieges Ende 1971 glaubte das Weiße Haus, die Chinesen würden möglicherweise zugunsten ihrer geschlagenen pakistanischen Alliierten intervenieren. Die Sowjets könnten dann wiederum China auf der Grundlage ihres Vertrages mit Indira Ghandis Indien angreifen. Kissinger erklärt den Gedankengang des Weißen Hauses an diesem Punkt:

„Nixon begriff sofort, daß alle Aussichten, das Gleichgewicht der Kräfte in der Welt herzustellen, schwinden würden, wenn es der Sowjetunion gelang, China zu demütigen. Er war entschlossen – darin stimmte ich ihm zu –, nicht untätig zuzusehen, wenn die Sowjetunion China bedrohte.“

Damals in den Tagen des Vietnamkrieges waren das Mao-Regime und noch mehr seine Anhänger im Ausland eher abgeneigt, offen ihr neues Bündnis mit dem amerikanischen Imperialismus zu verkünden. In seinem Trinkspruch anläßlich von Nixons Besuch sprach Zhou Enlai nur davon, „normale staatliche Beziehungen auf der Grundlage der

fünf Prinzipien der gegenseitigen Achtung der Souveränität“ herzustellen. Ausländische Maoisten behaupteten sogar, daß Nixon nach China gefahren sei, um dem Vorsitzenden zu huldigen, Wilfried Burchett beschrieb im *Guardian* (USA – 16. Februar 1972), der damals seine hundertprozentig maoistische Phase hatte, Nixons Peking-Besuch wie etwas aus einem Märchen- und Sagenbuch, als einen „tributzahlenden Besuch des Präsidenten der Supermacht aus dem Westen.“ Später haben die Maoisten, die auf die „Viererbände“ schwören, das Bündnis zwischen China und den USA Maos Nachfolger Deng Xiaoping anzuhängen versucht.

In ihren Erinnerungen geben Nixon und Kissinger einen ganz anderen Bericht über ihre Beziehungen zu Mao. In seinen ersten *Geheimgesprächen* mit Mao bot der Chef des US-Imperialismus China unverfroren einen gemeinsamen Block gegen die UdSSR als den Hauptfeind beider Länder an:

„Die Frage ist, welcher Gefahr sieht sich die Volksrepublik China gegenüber? Ist es die Gefahr einer amerikanischen Aggression – oder einer sowjetischen Aggression? ... Es ist das, was uns, China und Amerika, zusammen bringt; nicht auf der Ebene der philosophischen Doktrin oder der Freundschaft – obwohl ich glaube, daß dies wichtig ist – sondern aus Gründen der nationalen Sicherheit haben wir die gleichen Interessen ...“ (*RN: The Memoirs of Richard Nixon*).

Kissinger zufolge antwortete Mao: „Zur jetzigen Zeit ist die Frage einer Aggression der USA oder Chinas relativ klein.“ (Dies, während amerikanische Flugzeuge Nordvietnam mit einem Bombenteppich belegten!) Kissinger schloß logisch daraus: „Durch einen Prozeß der Eliminierung ergab sich, daß die Sowjetunion offensichtlich Maos hauptsächlichste Sorge darstellte.“

Obwohl wir Trotzlisten keinen Spion bei diesem Treffen hatten, versahen wir im März 1972 einen Artikel in *Workers Vanguard* mit der Überschrift: „Nixon und Mao – Die neue Allianz“. Wir gingen davon aus, daß der Führer des amerikanischen Imperialismus nicht nach China gefahren war, um Pekingente zu essen oder die Große Mauer zu besichtigen. Kissinger stimmt mit unserer Einschätzung überein. Er erinnert sich, daß ihn die chinesischen Führer anläßlich seiner zahlreichen Besuche in China zwischen 1972 und 1976 immer gedrängt haben, eine härtere Linie gegen die Sowjetunion zu vertreten. Er faßte die amerikanischen Beziehungen zu China *unter Mao* so zusammen: „... Ich nannte die Volksrepublik nur halb im Scherz einen unserer stärkeren NATO-Verbündeten.“

SALT-Schwindel

Das 1972 abgeschlossene Abkommen zur Begrenzung der strategischen Rüstung war das Kernstück der Entspannung, jedenfalls in den Augen des Kreml. SALT I (welches die Demontage *sowjetischer*, nicht aber der amerikanischen Raketen beinhaltete) war das Ergebnis der Verzögerung der amerikanischen strategischen Rüstungsprogramme aufgrund des Vietnam-Krieges. Washington wollte ein Abkommen, das es ihm erlauben würde, nach Vietnam wieder aufzuholen, während es gleichzeitig den Schwung der Sowjets bremsen würde. Zum Beispiel stoppte die US-Kriegsflotte im Verlauf des Krieges den Bau von Polaris-U-Booten, aber das neue überlegene Trident-Unterseeboot war nicht vor 1978 einsetzbar. Deshalb forderte Washington (und Moskau war einverstanden), daß die Raketen, die von Unterseebooten abgefeuert werden, in den Produktionsstopp für offensive Raketen für einen Zeitraum von fünf Jahren einbezogen werden, genau die Zeit, die die USA benötigten, um Trident einsatzfähig zu machen.

Für die USA war das SALT-Abkommen eher wie ein Waffenstillstand, den eine belagerte Armee aushandelt, um Zeit zu gewinnen und neue Reserven zu mobilisieren. Folgendermaßen beschrieb Kissinger das 1972 abgeschlossene Abkommen zur „Rüstungsbegrenzung“ in einem Interview, das er am 3. Februar 1979 dem *Economist* gab:

„Unsere Strategie bestand darin, sich auf einen Produktionsstopp für fünf Jahre zu einigen – diese Zeitspanne hielten wir für notwendig, um durch die Entwicklung von Marschflugkörpern (Cruise Missiles), eines neuen

Imperialistische Wiederau- stalinistischer Verrat

ENTSPA- DAS V



Kissinger protestet den stalinistischen Verrätern Gromyko und Zhou Enlai zu

U-Boots (Trident), einer neuen ballistischen Interkontinentalrakete (MX), des B-1-Bombers, aufzuholen ... Wir froren eine Ungleichheit ein, die wir geerbt haben, um Zeit zu gewinnen und um die Situation umzukehren. Und das gelang uns. Wir stoppten kein Programm; wir forcierten mehrere ... Wenn es kein Abkommen gegeben hätte, hätten wir auch nicht mehr tun können. Und wir wären schlimmer dran gewesen, weil die Sowjets in der Lage waren, ihre Zahlen sofort aufzustocken und wir nicht“ (unsere Hervorhebung).

Im Gegensatz zur populären Propaganda hat SALT I die Anzahl der ballistischen Interkontinentalraketen auf dem damals bestehenden Niveau *nicht* eingefroren; es hat nur ihre Form geändert. Es gab eine neue strategische Waffe, in der die USA klar in Führung lagen, die Multiple Independently targeted Re-entry Vehicles (MIRV). Diese Waffe ist in gewisser Hinsicht eine kleine Lenk Rakete, die die größte Strecke des Weges in Feindesland auf einer größeren Rakete zurücklegt, bevor sie von dieser getrennt wird. Eine Rakete vom Typ Minuteman III mit drei MIRV-Sprengköpfen besteht in Wirklichkeit aus drei getrennten Raketen, die in der Lage sind, weit entfernte Ziele zu treffen.

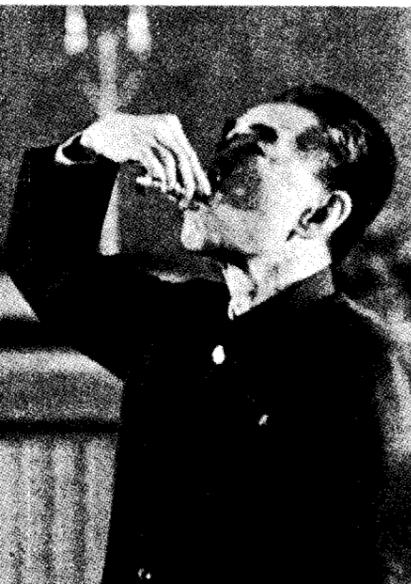
Die USA testeten MIRV zum ersten Mal 1968 und setzten sie erstmalig 1970 ein. Zur Zeit des SALT-Ab-



Trotz stalinistischen Ausverkaufs in „Friedensgesprächen“: 1975 rollte die FLN zum Sieg

**Aufrüstung nach Vietnam:
Carter macht's möglich**

WANNUNG: WAR'S.



kommens im Jahre 1972 hatten die Sowjets diese Waffe noch nicht einmal erprobt (sie sollten das im folgenden Jahr tun). Moskau schlug natürlich eine Einfrierung für den Einsatz von MIRV vor, und Washington lehnte ab. Nixon vertrat eine harte Linie: kein MIRV, kein SALT. Und in den acht Jahren seit SALT I haben die USA *jeden Tag* drei MIRV-Sprengköpfe ihrem nuklearen Arsenal hinzugefügt!

Warum haben die Sowjets einem Waffenabkommen zugestimmt, das den Amerikanern so viele Vorteile brachte? Warum haben sie ihre strategischen Rüstungsprogramme nicht vorangetrieben, als das Pentagon noch durch Vietnam belastet war (in politischer als auch in finanzieller Hinsicht)? Die sowjetische stalinistische Politik der „friedlichen Koexistenz“ bestand lange Zeit in ihrem Kern in der Beendigung oder wenigstens Einschränkung des Wett-rüstens. Anfang der siebziger Jahre machte die nationale Produktion und der Lebensstandard der Sowjetunion nur 40 Prozent der USA aus. Deshalb bedeutet das Schritthalten mit dem Militärarsenal ihres reichen, unversöhnlichen, kapitalistisch-imperialistischen Feindes einen enormen Druck auf die sowjetische Wirtschaft und ein schweres Opfer für das sowjetische Volk. In den fünfziger Jahren befürwortete Nelson Rockefeller (Henry Kissingers politischer Mentor) ein forciertes Wett-rüsten als effektivstes Mittel zur Schwächung der sowjetischen Wirtschaft. Im

Gegensatz dazu ist die Kremlbürokratie hinter dem Irrlicht der Rüstungsbeschränkung mit den Imperialisten hergejagt, um ihre knappen Mittel für andere Zwecke freizumachen.

Es gibt wahrscheinlich noch zusätzliche spezifische Gründe zu dem mehr oder weniger ständigen Wunsch der sowjetischen Bürokratie nach einem Ende des Wett-rüstens, warum die Kremlführer 1972 die außergewöhnlichen Zugeständnisse machten, die zum SALT I führten. Sie dachten, daß das Pentagon nach Vietnam den Aufbau seiner strategischen Rüstung stark forcieren würde. Vielleicht glaubten sie, daß SALT dem Einhalt bieten würde. Oder vielleicht glaubten sie halb und halb an ihre eigene illusionäre Propaganda, SALT würde in Verbindung mit all dem Entspannungsgerede die „friedliebenden“ Elemente in Amerika veranlassen, die Militaristen und Kriegstreiber im Pentagon in Schach zu halten. Schöne Illusionen! Zusätzlich fühlte sich 1972 die sowjetische Führung von der sich entwickelnden Achse zwischen Washington und Peking bedroht. Möglicherweise dachte sie, Nixons Interesse an einem Bündnis mit den kriegerischen Chinesen würde abnehmen, wenn sie ihm ein günstiges Rüstungsabkommen ermöglichten.

Was auch immer die Motivationen und Illusionen von Breschnjew und Co. über SALT sein mochten, es hat nichts dazu beigetragen, die amerikanische Aufrüstung, die sich gegen den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat richtet, aufzuhalten. Das Pentagon baute weiterhin Waffen, die nicht im SALT enthalten waren (MIRV, Cruise Missiles) und entwickelte neue (die MX-Rakete, das Trident-Unterseeboot). Schließlich mußten die Russen mit ihrer eigenen Aufrüstung kontern, wollten sie keinen nuklearen Erstschatz riskieren. Und jetzt forciert Carter das massivste nukleare Rüstungsprogramm in der Geschichte der USA.

Mit SALT I hat die sowjetische Bürokratie eine außerordentlich günstige Chance vertan, das Gleichgewicht der Kräfte zu ihren Gunsten zu verändern. Hätten die Sowjets Anfang bis Mitte der siebziger Jahre ihre Rüstungsprogramme vorangetrieben, hätten sie vielleicht einen strategischen Vorteil erreichen können. Und angesichts des antimilitaristischen Klimas in den USA Anfang der siebziger Jahre wäre eine rasche Eskalierung des Pentagonbudgets auf starken Widerstand gestoßen. Wenn Nixon damals etwas Ähnliches wie Carters heutiges Atomrüstungsprogramm versucht hätte, hätte er damit das Land nur noch weiter auf den Weg in eine politische Explosion getrieben.

1972: Breschnjew tanzt nach Nixons Pfeife

Der erste Teil von Kissingers Memoiren endet im Januar 1973 mit einer triumphierenden Notiz. Es war das Jahr, in dem Nixon im Februar Peking besuchte, das Jahr des Moskauer Gipfels und — ein paar Monate später — von SALT I und schließlich das Jahr der Pariser „Friedensabkommen“ über Vietnam. Wir wie gesehen haben, machte die Nixon-Regierung die Entspannung mit den Sowjets abhängig von ihrer Bereitschaft, einen „fairen Kompromiß“ über Vietnam zu arrangieren. Diese Strategie wurde 1972, während der Frühjahrsoffensive der Nordvietnamesen, besonders erfolgreich eingesetzt.

Während amerikanische Flugzeuge Hanoi bombardierten und die US-Kriegsflotte den Hafen Haiphong verminnte, fuhr Kissinger zu Geheimverhandlungen mit Breschnjew nach Moskau. Er drohte, den bevorstehenden Moskauer Gipfel platzen zu lassen, SALT zu torpedieren, die Ratifizierung der deutschen Verträge im Rahmen der neuen Ostpolitik abzulehnen — kurz die Entspannung über Bord zu werfen —, wenn die Russen Nordvietnam nicht veranlassen würden, mehr „Zurückhaltung“ zu zeigen. Eigentlich schlug er an Ort und Stelle einen Waffenstillstand vor, der die Grundlage für das Pariser „Friedensabkommen“ neun Monate später werden sollte.

Ein höherer Kremladjutant wurde sofort nach Hanoi entsandt, um Washingtons Botschaft zu überbringen. Und wie Kissinger bemerkte: „Nationen überbringen im allgemeinen keine Angebote, mit deren Ablehnung sie sich identifizieren möchten.“ Damals jedoch lehnte Nordvietnam das Angebot zuerst einmal ab. Aber mangelnde Hartnäckigkeit kann man der sowjetischen Bürokratie nicht nachsagen — auch nicht beim Ausverkauf ihrer Verbündeten. Da die Russen beinahe alle modernen Waffen Nordvietnams lieferten, waren sie nicht nur auf moralische Überredungskünste angewiesen. Breschnjew und Co. versicherten der Nixon-Regierung fortwährend, sie würden die Waffenlieferungen nach Hanoi nicht ausweiten. Und kurz nach dem Moskauer Gipfel besuchte Nikolai Podgorny Hanoi, um seinen vietnamesischen Genossen die Wege der Entspannung zu erklären. Diesmal hatten die „guten Dienste“ des Kreml den gewünschten Effekt.

Als Nordvietnams Le Duc Tho im nächsten Monat an den Verhandlungstisch zurückkehrte, pfiff er eine andere Melodie. Hanoi ließ die Forderung nach einem bedingungslosen Rückzug der Amerikaner fallen und stimmte einem unbefristeten Waffenstillstand an Ort und Stelle als Vorbedingung für den amerikanischen Abzug zu. Weiterhin ließ es seine Forderung nach dem Sturz der amerikanischen Marionette Thieu fallen und schlug stattdessen eine Koalitionsregierung mit ihm vor! Etwas später wurde dies als zu

radikal fallengelassen und Thieu blieb weitere zweieinhalb Jahre an der Macht. Wie wir damals schrieben, basierte dieser Kompromiß mit dem amerikanischen Imperialismus, den die Stalinisten in Hanoi (und Moskau) akzeptierten, „auf der grundlegenden Strategie des Verrats“ („The Civil War Goes On“, *WV* Nr. 16, Februar 1973).

An diesem Punkt stießen die Herrschenden auf ein Hindernis, auf das sie nicht gefaßt waren, auf das sie aber hätten gefaßt sein sollen — ihre eigenen Marionetten in Saigon. Nach dem schmachvollen Zusammenbruch des Saigoner Regimes 1975 warfen sich der imperialistische Kriegsverbrecher Nummer Eins und sein korrupter Lakai Thieu (dem es gelang, in letzter Minute mit mehreren Tonnen Gold zu fliehen, die er auf dem Gelände des Präsidentenpalastes ausgegraben hatte) gegenseitig eher komische Anschuldigungen an den Kopf. In seinem Tagebuch schrieb Nixon 1972:

„... unser Schicksal ist wirklich in Händen der Südvietnamesen ... Wir geben ihnen die modernsten Waffen, wir betonen das Materielle unter Ausschluß des geistigen und spartanischen Lebens und es mag sein, daß wir sie eher verweichlichen als sie für den Kampf abzuhärten. Andererseits betont der Feind das spartanische Leben, nicht das Materielle, betont das Opfer, und — natürlich mit der enormen technischen Hilfe der Sowjets an Raketen, Gewehren usw. — er hat einen beträchtlichen Vorteil.“

Aber wie lächerlich Nixons Ode an „das geistige und spartanische Leben“ auch sein mag, so tat es ihm Thieu gleich, der jüngst folgenden Kommentar abgab: „Ohne die Anwesenheit der Amerikaner hätten wir die Kommunisten geschlagen“ (*New York Times*, 7. Oktober 1979). Die beiden können sich offensichtlich das Wasser reichen.

Thieu und seine Clique wollten keine Waffenstillstände, kein Abkommen; sie wollten nur die amerikanische Armee. Während die Nixonregierung sicherlich gewillt war, Thieu abzusagen, sollte er sich weiterhin so hartnäckig zeigen, beschloß sie, ihm auf halbem Wege entgegenzukommen. In den letzten Monaten des Jahres 1972 versuchte Kissinger, auf die Nordvietnamesen Druck auszuüben, *noch schlechtere* Bedingungen zu akzeptieren als die, denen sie bereits zugestimmt hatten. Auch hier kamen ihm seine sowjetischen Freunde zu Hilfe: „Dobrynin fügte privat hinzu, daß Moskau mit Hanoi in Verbindung stehe, und daß er empfehle, ich solle die Gespräche fortsetzen, damit der Kreml mehr Zeit hätte, um seinen Einfluß geltend zu machen.“ Aber Nixon/Kissinger entschieden, daß der Einfluß des Kreml nicht ausreichen würde oder sich zu langsam geltend machen würde. Der massive Bombenterror zu Weihnachten 1972 war nötig, um die Nordvietnamesen dazu zu bringen, diesen räuberischen imperialistischen „Frieden“ zu unterzeichnen.

Aus der Sicht von 1980 könnte das Pariser „Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam“ als unwichtige, den Schein wahrende Episode auf dem Weg zur endgültigen Niederlage der USA erscheinen. Schließlich, könnte man argumentieren, haben die Kommunisten Südvietnam 1975 erobert, ist denn das, was 1972/73 passierte, so wichtig? Für Gegner des US-Imperialismus sind die Zehntausende von Indochinesen, die als Ergebnis der sinnlosen Verlängerung des Krieges ihr Leben lassen mußten, wichtig. Aber Kissinger glaubt auch, daß es wichtig war, und er hat — wenigstens im Sinne der amerikanischen Politik — recht.

Die Nixon-Regierung hatte Südvietnam um 1971 abgeschrieben, vielleicht früher. Aber sie hielten es doch für sehr wichtig, *unter welchen Bedingungen* die USA abziehen würden. Sie waren entschlossen, weder einen Sieg der kommunistischen Kräfte über die amerikanische Armee zuzulassen, noch durch bedingungslosen Rückzug vor der Antikriegsagitation zu kapitulieren. Wie Kissinger es formulierte:

„Eine unrühmliche Beendigung des Vietnam-Krieges würde außerdem in unserer Gesellschaft tiefe Narben hinterlassen. Das Schuldgefühl würde sich vertiefen, und wir würden eine entscheidende Autoritätskrise erleben. Ich erkläre, ich sei auch jetzt noch überzeugt, wir müßten Vietnam im Rahmen einer wohlüberlegten Regierungspolitik und mit Würde verlassen, nicht aber aus Willensschwäche oder weil wir irgendeinem Druck nachgaben.“

Wenn Nordvietnam und die Vietcong 1972/73 bis zum Sieg gekämpft hätten, hätte Nixon den Krieg fortgesetzt sogar mit dem Risiko einer Explosion in den USA.

Und eine Explosion hätte es gegeben! Niemals zuvor war die Opposition gegen den antikommunistischen Militarismus irgendwo auf der Welt auch nur annähernd so populär wie Anfang der siebziger Jahre. Um 1970 herum begann sich die Antikriegsagitation von den Universitäten auf andere Sektoren der amerikanischen Gesellschaft auszubereiten. Eine ganze Reihe von Schlüsselgewerkschaften, besonders die mit einer großen schwarzen Mitgliedschaft, sprachen sich gegen den Krieg aus. Wenn Nixon den Vietnamkrieg noch ungefähr ein weiteres Jahr vorangetrieben hätte, hätten sich die Arbeiter den Universitätsprotesten mit politischen Streiks gegen den Krieg angeschlossen, eine beispiellose Entwicklung in der amerikanischen Geschichte.

Fortgesetzt auf Seite 10



Die Arbeiterklasse hat noch Illusionen in die SPD und Mitbestimmung – aber von der SPD/FDP-Koalition hat sie nur verschärfte Angriffe zu erwarten

Wahlen...

Fortsetzung von Seite 1

tum für die Profite der Bourgeoisie und „Maßhalten“ für die Arbeiter; sie ist entschlossen, sich überschüssiger „Gastarbeiter“ zu entledigen und den Strom von Asylsuchenden zu stoppen; sie fördert die wirtschaftliche Durchdringung Osteuropas durch das westdeutsche Kapital, ist aber abgeneigt gegen die militärischen Abenteuer eines Carter oder Reagan.

Wichtiger noch ist die besondere Qualität, die die SPD in die bürgerliche Regierung bringt: die SPD kettet die deutsche Arbeiterklasse durch ihre organische Verbindung zu den Gewerkschaften an den bürgerlichen Staat.

Die Koalition hat eine wesentlich größere Kapazität, Klassenkämpfe zu drosseln und unter Kontrolle zu halten als die Regierung eines konservativen Gewerkschaftsfeindes wie Strauß es tun könnte, der sogar die oberste Gewerkschaftsbürokratie zur verbalen Opposition gedrängt hätte. Und mit einer internationalen Depression und düsteren Prognosen für die deutsche Wirtschaft braucht die Bourgeoisie eine Regierung, die mit entlassenen Ford-Arbeitern oder streikenden Stahlarbeitern „fertig“ werden kann. Die SPD bindet die deutschen Arbeiter an die unverblühte Unternehmerpolitik eines „Mehr-Arbeiten-weniger-Krankfeiern“-Lambsdorff.

Jeder denkende Mensch – geschweige denn Kommunist – erkennt, daß der Konfliktstoff da ist. Der *Spiegel* verkündet: „Die fetten Jahre sind vorbei.“ Selbst während der Wahlkampagne trübte die Mitbestimmungsfrage die Beziehungen zwischen der FDP auf der einen und der SPD als auch der Gewerkschaftsführung auf der anderen Seite, und der Streit um diesen klassenkollaborationistischen „Grundstein“ der „zweiten deutschen Republik“ ist keineswegs weg von der Tagesordnung. Die Unruhe an der Gewerkschaftsbasis spiegelte sich bei mittleren Funktionären auf den Kongressen der IG Chemie, ÖTV und HBV wider. Die häufig geäußerte Behauptung vorgeblicher „Linker“, ein Strauß-Sieg wäre ein entscheidender Schlag für die deutsche Arbeiterklasse gewesen, ist schlichtweg parlamentarischer Kretinismus. Gerade die SPD wird entscheidend daran beteiligt sein, Arbeiterkämpfe zu erwürgen. Und wenn die SPD/FDP gegen die Arbeiter im Namen des „nationalen Interesses“ vorgeht, und das wird sie in der nächsten Periode in verstärktem Maße tun, werden wir die Pseudolinke mit der Wahrheit konfrontieren: „Dies ist eure Regierung – ihr habt sie gewählt!“

GIM: Wahlhelfer für Schmidt

Der größte Teil der deutschen Arbeiterklasse sieht die SPD als ihre Partei. Revolutionäre müssen einen entscheidenden Anteil der Basis der SPD gewinnen auf dem Weg zur proletarischen Revolution, und deshalb darf die SPD nie „rechts“ liegen gelassen werden – so lange nicht, bis sie als politische Barriere für die Revolutionierung des deutschen Proletariats zerstört worden ist. Aber die entscheidende Aufgabe für Kommunisten in diesen Wahlen war es, klar zu machen, daß so lange die SPD Hand in Hand mit der bürgerlichen FDP geht, sie keinerlei Unterstützung verdient.

Dagegen reihte sich der größte Teil der vorgeblichen Linken als Wahlhelfer der SPD ein. Die pseudotrotzkistische GIM etwa rührte landauf, landab die Werbetrommel für die SPD: „Stopt Strauß! Wählt SPD! Für eine sozialisti-

sche Alternative zu Schmidt!“ Die Verpflichtung der SPD zur Fortsetzung der seit über zehn Jahren bestehenden Regierungskoalition mit der bürgerlichen FDP störte die GIM dabei nicht. Sie sparten weder Zeit noch Geld, um eine Podiumsveranstaltung für Peter von Oertzen in Köln, für SPD-Senator Glotz, Karsten Voigt und Bahro in Berlin zu organisieren (siehe Bericht in dieser Ausgabe).

Die kürzlich fraktionell erschütterte GIM probt einen neuen Aufschwung mit einer nicht so neuen Duftmarke: Zurück in die Arme der SPD! Im Schoß der Sozialdemokratie hatte die Vorläuferorganisation der GIM in den fünfziger und sechziger Jahren „überwintert“, bevor sie der neuen Studentenbewegung ab 1969/70 nachgetrabt ist. Jetzt läuft ihre Entwicklung darauf hinaus, eine zwar (noch) externe, aber organische Fraktion der SPD zu werden. Worauf ihre angestrebte „sozialistische Alternative“ hinauswill, hat Ernest Mandel auf der Berliner Großveranstaltung mit der Bemerkung zum Ausdruck gebracht, es sei ein Fortschritt, daß die Linke in Westeuropa mit Mitgliedern von Parteivorständen (!) von Arbeiterparteien heute wieder diskutieren könne.

Wenngleich die Losung der „SPD-Alleinregierung“ nur Ausdruck des Zynismus (bei der Führung) oder Wunschenken (bei den Naiven) gewesen ist – was soll daran so großartig sein? Deutschland hat schon einmal eine SPD-Alleinregierung gesehen: 1919, als die Sozialdemokratie unter Noske und Scheidemann die deutsche Revolution in Blut ertränkte. Und gerade in solchen Situationen ist der Reformismus bereit, Alleinverantwortung für die Regierungsgeschäfte zu übernehmen: wenn sie als einzige Kraft noch gegen die proletarische Revolution steht. Auch in Portugal 1975 kämpfte die Sozialdemokratie von Soares für die „Alleinregierung“ – und steckte Büros der KP Portugals unter dieser Losung in Brand. Leninisten benutzen die Aufforderung an die Opportunisten, mit der Bourgeoisie zu brechen, um sie politisch vor ihrer Basis zu diskreditieren – nicht, um neuen Noskes zur Macht zu verhelfen! Aber gerade dies ist die politische Tradition der GIM: als die ostdeutsche Arbeiterklasse sich am 17. Juni 1953 gegen die stalinistische Bürokratie erhob, also in einer revolutionären Situation, stellte Mandel die SPD-Alleinregierung als Perspektive auf (siehe Nachdruck in *was tun* Nr. 216). Die Annäherung an die SPD führt zwangsläufig zum

Aufgeben einer der Hauptpunkte des trotzkistischen Programms: Der Verteidigung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution gegen den Imperialismus. In der *was tun* vom 11. September wirft die GIM der SPD vor „... nichts für die Errichtung einer sozialistischen Demokratie in der DDR ...“ zu tun. Aber wie könnte diese bürgerliche Agentur in der Arbeiterbewegung – die deutsche Arbeiterpartei in der NATO – etwas für die „sozialistische Demokratie“ tun? Ihre Vorstellung der „Demokratisierung“ der DDR heißt soziale Konterrevolution in der DDR – vielleicht mit paritätischer Mitbestimmung der repräsentierten Betriebe. Diese Position bringt die GIM-Mehrheit in die Nähe der reformistischen Internationalen Sozialistischen Arbeiterorganisation (ISA) und deren Losung: „Wiedervereinigung bedingungslos!“ Die freundschaftliche Atmosphäre zwischen ISA und GIM auf einer Frankfurter Veranstaltung in jüngster Zeit verwundert nicht.

In der *was tun* vom 26. September wird den Westberliner Reichsbahnern, beschäftigt von der DDR-Bürokratie, empfohlen: „Die einzige Kraft, auf die die streikenden Eisenbahnarbeiter bauen können, ist die organisierte Arbeiterbewegung, DGB und SPD.“ Kein Wunder, daß der gleiche Artikel auch neutral die Forderung nach „mehr Polizeischutz“ aufzählt – schließlich ist die SPD am Regieren! So wird geholfen, die streikenden Arbeiter, die berechtigt um ihren Lebensstandard gekämpft haben – in die Arme des Westberliner Senats zu treiben.

Strauß und Konsorten haben viel Wind über eine Volksfront zwischen SPD und Kommunisten gemacht: In der Tat, diese Bundestagswahlen haben eine nahezu klassische Volksfrontkoalition zum Vorschein kommen lassen, wenngleich die vorgeblichen „Kommunisten“ zu schwach sind, um sich eine direkte Beteiligung erhoffen zu können. Statt eine unabhängige Klassenperspektive zu weisen, nimmt sich die Linie der GIM, aber auch der „Linken“ in „Anti-Strauß“-Initiativen allgemein, wie die Begründung der Volksfrontunterstützer in den dreißiger Jahren gegen die Hitlergefahr aus. Parlamentarischer Kretinismus wurde als „Einheitsfrontpolitik“ verkauft. Aber Einheitsfrontpolitik ist ein Mittel der proletarischen Mobilisierung in der *Aktion*, nicht Wahlhilfe für Klassenkollaboration.

Im Schatten der Sozialdemokratie blieben auch die linken Organisationen, die Kandidaten gegen die SPD aufgestellt haben. Die DKP kandidierte als bessere Sozialdemokratie, die *Volksfront* der KPD (ex-ML) kandidierte mit einem sozialdemokratischen Programm gegen die Sozialdemokratie, der zersplitterte KBW kandidierte kaum spürbar. Der KB schließlich bringt das Kunststück fertig, nach der Wahl einerseits diesen parlamentarischen Kretinismus recht gut zu charakterisieren – und doch andererseits brav im Rahmen dieses Kretinismus zu verbleiben:

„Die ‚Wahl‘ zwischen Schmidt und Strauß hat bestätigt, daß es allerhöchste Zeit ist, dem Teufelskreis des ‚kleineren Übels‘ zu entkommen. Das kann nur bedeuten, daß verstärkt weiter an der Schaffung einer *parlamentarischen linken Alternative* gearbeitet werden muß. Das magere Abschneiden der Grünen und der ‚Splitterparteien‘ ist dabei selbstverständlich kein gutes Sprungbrett, sondern eher ein Hindernis ...“ (*Arbeiterkampf* Extra-Blatt, 7. Oktober, Hervorhebung von uns).

Für Revolutionäre geht es nicht um die *parlamentarische Alternative*, sondern die propagandistische Ausnutzung der Wahlen zum Aufbau der leninistischen Partei. Wir hätten gerne die Gelegenheit gehabt, eine Proteststimme gegen die Koalitionspolitik abzugeben. Aber solche Organisationen stellen nur sozialdemokratischen Reformismus, pazifistische Illusionen und – bei den Maoisten – Vaterlandsverteidigung und Antisowjetismus zur Wahl.

Proletarische Klassenunabhängigkeit ist das *Fundament* leninistischer Politik. Es kommt darauf an, überall den Kampf für das trotzkistische Programm, das Programm der unversöhnlichen Klassenopposition, in die Arbeiterklasse zu tragen und durch einen Prozeß von Spaltungen und Fusionen die Partei aufzubauen. Dies ist kein leichter Weg – er ist der einzige Weg. ■

ABONNIERT!

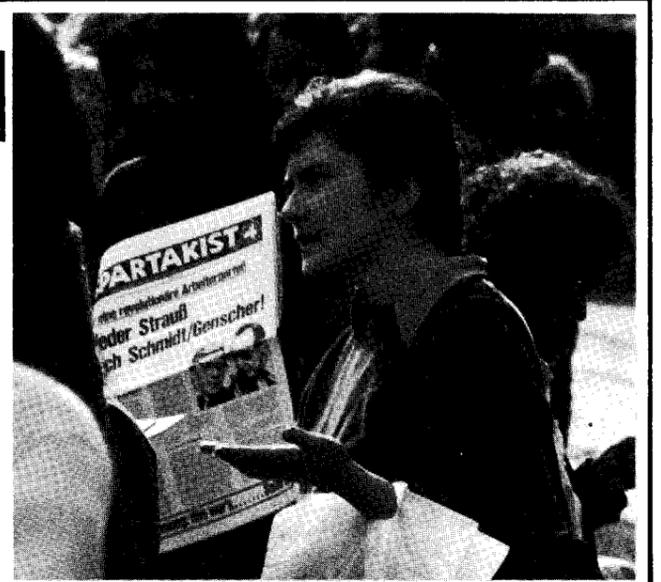
SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS

herausgegeben von der
Trotzkistischen Liga Deutschlands – Sektion
der internationalen Spartacist Tendenz

Abonnement (8 Nummern) 8,50 DM
Überseeabonnement (Luftpost) 10,- DM
einschließlich SPARTACIST, theoretisches
Organ der internationalen Spartacist
Tendenz (deutsche Ausgabe)

zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Pschk. Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)



Trotzki-Debatte im KB

Der Trotzismus ist der Marxismus unserer Epoche

Der folgende Beitrag zur Trotzki-Debatte im Kommunistischen Bund (KB) wurde zur Veröffentlichung an den Arbeiterkampf gesandt.

Als Leopold Trepper, der Chef des heroischen sowjetischen Spionagenetzes während des Zweiten Weltkriegs, in seiner Autobiographie *Die Wahrheit* auf die furchtbaren Jahre der Stalinschen Säuberungen zurückblickte und sich die Frage stellen mußte, warum auch er – wie so viele andere – damals mit den Wölfen geheult hat und warum allein die Trotzisten unerbittlich gegen den Stalinismus gekämpft haben, da gibt er auf diese ihn noch heute quälende Frage eine bemerkenswerte Antwort: die Prinzipienfestigkeit der Trotzisten rühre daher, „daß sie uns gegenüber den ungeheuren Vorteil hatten, ein geschlossenes System zu vertreten, das geeignet war, den Stalinismus abzulösen, und an dem sie in der tiefen Not der verratenen Revolution Halt fanden“.

Es ist dieses geschlossene System des Marxismus und Leninismus, das ein Maoist nicht verstehen kann – für ihn ist es daher durchaus logisch, Trotzki zur esoterischen Randfigur der russischen Revolution zu deklarieren, der selbst entscheidend die Bürokratisierung der Sowjetunion forciert hätte und schließlich zum einsamen Propheten in der Wüste wurde. Trotzismus heißt nichts anderes als Marxismus unserer Epoche, heißt in der Tradition von Marx und Lenin zu stehen, für die proletarische Klassenunabhängigkeit und revolutionäre Programmatik als Garant der proletarischen Weltrevolution: sei es in der Parteifrage, sei es in der Frage der Volksfrontpolitik, sei es in der Frage der Arbeiterstaaten. Die bekannte, gegen den Trotzismus gerichtete Gretchenfrage des Stalinistenhüptlings Thälmann „Wie hältst Du es mit der Sowjetunion?“ können wir heute gewissermaßen zurückgeben – gegen eine Linke, die die existenten historischen Errungenschaften der Arbeiterklasse in der Sowjetunion verkauft und eine ernsthaft materialistische Klassenanalyse der Sowjetunion als Voraussetzung revolutionärer Politik scheut.

Die uns im letzten *Arbeiterkampf* (7. Oktober) von U. offerierte Staatstheorie ist ein deutlicher Beweis für diese Herangehensweise. Erstens ignoriert er den zentralen Unterschied zwischen der Diktatur des Proletariats und dem Sozialismus als internationalem, arbeitsteiligem System der geplanten Wirtschaft, „der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft (die gewöhnlich Sozialismus genannt wird)“ (*Staat und Revolution*). Bis zum Jahre 1924 – in dem Stalin den „Sozialismus in einem Land“ proklamierte – hätte jedwede Spekulation über Sozialismus im Rahmen eines Nationalstaates unter Marxisten zum Spitzenreiter eines Absurditätenkatalogs gezählt; wie Trotzki in seiner Schrift „Sozialismus in einem Land?“ ausführt: „Die Epigonen waren so weise zu vergessen, daß Kapitalismus wie Sozialismus sich auf internationale Arbeitsteilung stützen, die gerade im Sozialismus die höchste Blüte erreichen muß. Der wirtschaftliche Aufbau in einem isolierten Arbeiterstaate, so wichtig er an und für sich ist, wird beschnitten, beengt und widerspruchsvoll bleiben: die Höhen einer neuen harmonischen Gesellschaft kann er nicht erreichen.“ In dieser Erkenntnis hat der kommunistische Internationalismus seine programmatischen Wurzeln – vom „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ des Kommunistischen Manifestes bis zur Gründung der Vierten Internationalen.

Zweitens stellt uns U. ein „Gesetz vom Umschlagen von quantitativen Veränderungen in qualitative als Grundgesetz des dialektischen Materialismus“ in einem Kontext vor, in dem es von einem Prinzip der revolutionären Dialektik zu einem rein reformistischen Konzept verkommt. Demnach wird aus der Bürokratie durch ihre allmähliche Stärkung und die Unterdrückung ihrer Kritiker eine ... herrschende Klasse. Eine Revision des marxistischen Klassenbegriffs, die so alt ist wie der sozialdemokratische Reformismus: das friedliche Hinüberwachen einer Klassengesellschaft in eine andere, eine Revolution oder Konterrevolution hinter dem Rücken der Arbeiterklasse. Bisher hat uns niemand den Punkt des qualitativen Umschlagens definitiv nennen können, schon gar nicht, nachdem 1956 als Jahr des „Farbwechsels“ aus der Mode gekommen ist.

Ausgerüstet mit diesem theoretischen Sturmgepäck kommt man nicht weit. Die Frage des Klassencharakters der Sowjetunion ist letztendlich die Frage nach dem Charakter der Oktoberrevolution, bei der auch der KB formell



Trotzki, Lenin, Kamenew

davon ausgeht, daß es sich um eine proletarische Revolution gehandelt habe. Im Klartext heißt das: die Bourgeoisie wurde als Klasse liquidiert, das Eigentum an Produktionsmitteln vergesellschaftet, der bürgerliche Staatsapparat zerschlagen und die proletarische Staatsmacht – eben die Diktatur des Proletariats – errichtet als eine Bastion der internationalen sozialistischen Revolution, von der jedwede weitere Entwicklung der UdSSR abhing und heute noch abhängt. Die Niederlage der europäischen Revolution war objektive Voraussetzung für die Konstituierung einer Bürokratie auf den gesellschaftlichen Grundlagen des Oktobers. Der ideologische Reflex dieser Situation ist die Theorie vom Sozialismus in einem Lande; die politische strategische Konsequenz ist „friedliche Koexistenz“ und Kooperation mit der Bourgeoisie anstatt internationaler Ausweitung der proletarischen Revolution.

Die Grundlagen des Oktobers – historische Errungenschaften der Arbeiterklasse – verteidigen wir Trotzisten nicht wegen, sondern trotz und gegen die Bürokratie. Wir gehen dabei keinen Pakt mit der Bürokratie ein, wie die geistigen Väter der GIM gegenüber Tito, Gomulka, Castro, Ho Tsch-minh und lange auch gegenüber Mao es getan haben, sondern sehen in der proletarischen politischen Revolution gegen die Bürokratie die beste Verteidigung der Sowjetunion. Die Bürokratie nimmt keinen eigenständigen Klassencharakter an; sie ist das Produkt einer proletarischen Revolution einerseits und des Drucks des internationalen Kapitals andererseits; das heißt, ihre Politik schwankt international zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Ähnlich liegt der Fall – nur eben nicht auf Staatsebene – mit den Gewerkschaften, die eine Errungenschaft der Arbeiterbewegung sind und die wir trotz der bürokratischen Führung gegen die Angriffe des bürgerlichen Staates verteidigen.

In seinem hilflosen Impressionismus deklariert dann der KB Vietnam und Kuba unter der Hand zu vom Imperialismus bedrohten „sozialistischen Staaten“, da von ihnen keine imperialistische Außenpolitik betrieben würde. Als Marxisten gehen wir vom Klassencharakter eines Staates aus, dessen charakteristischen Züge sich natürlich auch in seiner Außenpolitik widerspiegeln. Die konterrevolutionären Aspekte, die die sowjetische Außenpolitik durchaus dominieren, überraschen uns keineswegs; vielmehr hat die trotzkistische Polemik diese Aspekte seit einem halben Jahrhundert mit größter Schärfe analysiert und gebrand-

markt.

Sie hat vor allem immer wieder den zutiefst konservativen Charakter dieser Außenpolitik aufgewiesen, durch den die Verteidigung der Sowjetunion ständig unterminiert wird. Wo aber, Genossen des KB, kann von „imperialistischer Außenpolitik“ die Rede sein, das heißt von Versuchen, Teile der Welt der Herrschaft des sowjetischen Kapitals zu unterwerfen? Ein „sowjetisches Kapital“ gibt es nicht; und ohne Herrschaft des Kapitals gibt es keinen Imperialismus.

Wenn der KB nicht anerkennen will, daß die Liquidierung der kapitalistischen Klasse, vergesellschaftetes Eigentum an Produktionsmitteln und eine nach gesamtgesellschaftlichem Plan organisierte Wirtschaft einen qualitativen Bruch mit dem Kapitalismus bedeutet und eine – wenn auch keineswegs ausreichende – materielle Basis für den Sozialismus darstellt: wenn Ihr dies nicht anerkennen wollt, dann müßt Ihr plausibel machen, wieso bei Kuba und Vietnam der Fall anders liegt. Wo sind hier die Sowjets? Wo waren die Sowjets im China der glorreichen Kulturrevolution?

Wie sieht es in Kuba und Vietnam und wie sah es im China der Großen, Proletarischen usw. mit der Stellung

Fortgesetzt auf Seite 10

Abonnement
4 Nummern
DM 6,-

Zu beziehen über
Postfach 1 67 47,
6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto
Ffm 119 88-601
(W. Hohmann)

Women and Revolution

Journal of the Women's Commission of the Socialist League, No. 2

1000 Stop Imperialism ... 3

Proletarian Revolution of Slavery ... 4

No to the Draft ... 12

Women ... 14

Coal Miners ... 14

Feminist Anti-Porn ... 16

Labour Militant ... 18

Fight Sexual Service Harassment ... 24

**Women of the East—
Proletarian
Revolution
or
Slavery**

Hail Red Army in Afghanistan!

Trotzkismus...

Fortsetzung von Seite 9

der Homosexuellen aus – um nur eine Frage anzuschneiden, die für uns nicht absolut zentral, wohl aber äußerst symptomatisch ist. Und in der Frauenfrage, die für uns allerdings von ganz zentraler Bedeutung ist, so kann man hier in allen Arbeiterstaaten Fortschritte von säkularem Ausmaß erkennen – in der UdSSR wie in Vietnam, in China wie in Kuba –; aber ist die Frauenfrage in einem dieser Staaten wirklich gelöst?

Es gibt keinen klassenmäßigen Unterschied zwischen der Sowjetunion einerseits und Kuba und Vietnam andererseits; was es gibt, ist ein ausgeprägter imperialistischer Antisowjetismus, den Jimmy Carter mit seiner Feststellung, die USA hätten mit der UdSSR seit 1917 schwerwiegende Differenzen, im Gegensatz zum KB klassenmäßig belegen kann. Und es ist auch kein Zufall, daß auch die GIM von Kuba und Vietnam als aktuell vom Imperialismus bedrohten Arbeiterstaaten spricht und die Sowjetunion „vergibt“.

Von den Opportunisten der GIM unterscheidet sich trotzkistische Politik nämlich durch die Tatsache der politischen Konsequenzen, die auch der KB in punkto Afghanistan richtig bemerkt, für den dann aber die Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution durch die TLD „konsequenter Unfug“ bedeutet. Dem Trotzkismus dabei zu unterstellen, sämtliche Aktionen der UdSSR zu unterstützen, heißt Geschichtsfälschung zu betreiben. Genossen, ihr kennt die trotzkistischen Positionen zum 17. Juni 1953 in der DDR, zu Ungarn 1956, zur ČSSR 1968 oder auch zu dem Krieg in Eritrea, wo wir gegen die Intervention der Roten Armee stehen.

Die Genossen der GIM und der KL, die sich in den Spalten des *Arbeiterkampf* als Trotzkisten zu profilieren versuchen, sind Falschmünzer. Wer richtig die Einschätzung der Sowjetunion als „wesentlichen Bestandteil revolutionärer Politik“ benennt, verbal von der bedingungslosen Verteidigung der Errungenschaften des Oktober schwafelt und dann wie die GIM mit Forderungen nach Abrüstung von NATO und Warschauer Pakt für die militärische Entwaffnung der Sowjetunion eintritt, die Sowjetunion als aktuell nicht vom Imperialismus bedroht ansieht, sollte das Etikett Trotzkist wirklich beiseite legen und nur noch zur Wahl der SPD aufrufen; denn gegen wen richtet sich die verschärfte Kalte-Kriegs-Hetze in Form von Menschenrechtskampagne, NATO-„Nachrüstungs“-Beschlüssen und imperialistischer Umtriebe in Afghanistan?

Wir appellieren nicht an Euch, in bezug auf Trotzkis „einiges gutzumachen“ und darin einen „Schritt zur Überwindung der Zersplitterung der Linken“ zu sehen. Der einzige Schritt zur Überwindung der Zersplitterung der Linken ist der Aufbau trotzkistischer Parteien, die Wiedergeburt der Vierten Internationale durch ehrliche und konsequente programmatische Auseinandersetzung, ein Prozeß von Spaltungen und Fusionen – nicht politische Anbiederung.

Es geht um das ABC revolutionärer Politik: um politische und organisatorische Klassenunabhängigkeit des Proletariats auf der Basis eines leninistischen Programms und um den Aufbau einer internationalen Partei. Die fast religiös gefärbte Bindung großer Teile der westdeutschen Neuen Linken an Mao Tse-tung als angeblich großen Theoretiker und Praktiker des Klassenkampfes war immer eine wesentliche Barriere, diese ABC-Fragen auch nur zu erkennen, geschweige denn, sie korrekt zu beantworten. Die Unfähigkeit der vorgeblichen Trotzkisten (GIM, Spartacusbund usw.), diese Barriere politisch zu sprengen, drückt den Bankrott dieser Organisationen aus und hat



Chruschtschow wurde erst im nachhinein zum „Wegbereiter des Kapitalismus“ erklärt. Der „Große Steuermann“ selber war Protagonist des antisowjetischen Bündnisses USA-China. Oben: Mao und Nixon, 1972. Rechts: Mao und Chruschtschow, 1958



entscheidenden Anteil am gegenwärtigen desolaten Zustand der Linken.

Doch lassen wir, um den fundamentalen Unterschied im Klassenstandpunkt zu zeigen, den Großen Vorsitzenden selbst zu Worte kommen: „Klassenkampf muß sein, doch diese Arbeit sollen eigens ausgesuchte Leute erledigen, die Behörden für öffentliche Sicherheit beschäftigen sich speziell mit dem Klassenkampf“ (Rede auf dem 10. Plenum des 8. Zentralkomitees vom 24. September 1962). Der Mythos um Mao Tse-tung und die Kulturrevolution hat für das politische Gefühlsleben des KB anscheinend eine umso zentralere Bedeutung, je weniger Mao für die Fragen des Klassenkampfes hier oder in anderen kapitalistischen Ländern dem verwirrten KBler noch irgendetwas Relevantes zu bieten hat. In dieser Hinsicht hat der Große Steuermann auch im KB schon längst ein stilles Begräbnis erhalten. Doch auch die Kulturrevolution wird seit langem im KB nur mehr mit nostalgischem Eifer beschworen – eine ernsthafte Auseinandersetzung über diesen bürokratischen Cliquenkampf gibt es nicht, obwohl die simple Frage, warum dieses Unternehmen denn so jämmerlich mit dem völligen Sieg der „kapitalistischen Machthaber“ geendet hat, nach einer Antwort schreit.

Diejenigen langjährigen Mitglieder und Führer des KB, die einst all ihre neulinken Hoffnungen und Illusionen in das China der Kulturrevolution projiziert haben, tragen eine schwere Verantwortung, wenn sie weiterhin diese notwendige schonungslose Bilanz scheuen. Wer nicht länger als Stalinist ohne Vaterland von einem autonomen

Sumpf zum anderen waten will, muß eine Entscheidung treffen zwischen eklektischem Impressionismus und revolutionärer Programmatik und Politik. Ihr seid ein Fragment der 68er Bewegung, wir sind die Partei der Russischen Revolution.

Trotzkistische Liga Deutschlands
16. Oktober 1980

Entspannung...

Fortsetzung von Seite 7

Die „entscheidende Autoritätskrise“, so befürchtete Kissinger, hätte dann zu revolutionären Implikationen geführt.

Aber der imperialistisch-stalinistische Kompromiß vom Januar 1973 war ein politischer Sieg für Nixon. Kissingers Beschreibung der amerikanischen Reaktion auf den Vertrag damals ist gewiß richtig: „Die Tauben konnten sich über das Ende des Krieges freuen. Die Falken konnten auf die Wahrung von Amerikas Würde stolz sein.“ Natürlich brauchte man kein Hellseher zu sein, um zu erkennen, daß die schwache, unpopuläre, korrupte cliquistische Thieu-Regierung wahrscheinlich im Laufe der Zeit von den Nordvietnamesen gestürzt werden würde. Aber die Zeit ist oft ein entscheidender Faktor in der Politik. Jene zweieinhalb Jahre vor dem Fall Saigons – „diese annehmbare Zeitspanne“ – waren für den US-Imperialismus intern ungeheuer wichtig. Jene Jahre entschärfen eine schwere und sich eskalierende politische Krise und demoralisierten eine ganze Generation von radikalen Kriegsgegnern.

Aber die Entspannung tat mehr als nur dem US-Imperialismus zu erlauben, sich möglichst unbeschadet aus Vietnam zurückzuziehen. Mit Breschnjews (und Maos) Segen konnten sich die Imperialisten Nixon und Kissinger, an deren Händen das Blut der indochinesischen Arbeiter und Bauern klebt, als Stifter eines stabilen Friedens in der Welt präsentieren. Erinnern wir uns daran, auch wenn es noch so unglaublich zu sein scheint, daß Kissinger 1973 den Friedensnobelpreis gewann (zusammen mit Le Duc Tho, der ihn ablehnte)!

Es gibt ein altes Sprichwort: der Krieg ist die Mutter der Revolution. Der lange, verlustreiche, schmutzige Kolonialkrieg in Vietnam schuf das Potential für eine revolutionäre, defätistische Massenbewegung mitten im Herzen des Weltkapitalismus. Niemand tat mehr als Leonid Breschnjew, um dieses Potential zu bremsen. Um mit der konterrevolutionären Entspannungspolitik mit dem Imperialismus zu brechen, ist es notwendig, in den deformierten Arbeiterstaaten die stalinistische Bürokratie durch eine proletarische politische Revolution zu stürzen – und in den imperialistischen Zentren eine soziale Revolution durchzuführen. Nur die Trotzkisten, die von Anfang an gegen verräterische Illusionen in die Politik der „friedlichen Koexistenz“ gewarnt haben, können diesen revolutionären Kampf auf der ganzen Welt führen.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 254, 18. April

Lenin und die Avantgardepartei

Diese englischsprachige Spartacist-Broschüre analysiert die Entwicklung der Leninschen Parteikonzeption bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale. Sie polemisiert gegen jene linken Epigonen, die Lenin in Berufung auf „spezifisch russische Verhältnisse“ in einen Dutzendliberalen verwandeln möchten und widerlegt den stalinistischen Katechismus, demzufolge Lenins Parteitheorie seit Beginn seiner politischen Tätigkeit voll ausgereift war. Lenins Entwicklung von einem revolutionären Sozialdemokraten zum Bolschewiken – der Bruch mit Kautskys sozialdemokratischem Konzept der „Partei der Gesamtklasse“, die Erkenntnis der Notwendigkeit einer neuen, kommunistischen Internationale – umspannte die Jahre 1902 bis 1914. An keinem Punkt der Geschichte freilich opferte Lenin die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse gegenüber der Bourgeoisie – etwa im Kampf gegen den Zarismus – wie die Maoisten es uns zur Rechtfertigung ihrer Klassenkollaboration mit „patriotischen“ Teilen der Bourgeoisie weismachen wollen. Lenin steht nicht für „Sozialismus in einem Land“ oder die „Revolution in Etappen“. Leninismus ist das Programm der proletarischen Weltrevolution, ihr Instrument ist die internationale Avantgardepartei. Aus dem Inhalt: Die Spaltung von 1903; Die Revolution von 1905; Partei, Fraktion und „Freiheit der Kritik“; Verteidigung des demokratischen Zentralismus; Der Kampf gegen die Boykotteure; Die endgültige Spaltung von den Menschewiki; Auf dem Weg zur kommunistischen Internationale.

Für 5,- DM zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1, Postscheckkonto Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)



S-Bahn-Streik...

Fortsetzung von Seite 12

über sind wir uns im klaren, werden wir dann auch dieselben Sorgen haben.“ Allerdings. Und es gibt noch ein Hindernis, bevor sie von der westdeutschen Bourgeoisie endlich als „anständige Bürger“, als echte (West-)Berliner angesehen werden: die Eisenbahner müssen zuerst eine Überprüfung des Verfassungsschutzes überstehen, wobei das Berufsverbot zur Sperrung sämtlicher SEW-Mitglieder führen wird. Willkommen im „freien Westen“!

Welche Solidarität?

Wenn die professionellen Streikbrecher, die Polizisten, Streikende schützen sollen – dann geht es natürlich der Bourgeoisie, die sie dafür einsetzt, nicht um den Streik. Der anfangs berechtigte Kampf der Reichsbahnarbeiter sollte in einen Feldzug gegen die DDR umgemünzt werden. In den letzten zehn Jahren sind mehr als hunderttausend Arbeitsplätze in Westberlin wegrationalisiert worden, bei AEG gibt es Massenentlassungen, aber all das ging in der Reaktion der bürgerlichen Öffentlichkeit unter. Der Reichsbahnstreik war so recht nach dem Herzen der Frontstadt-krieger. Als Elemente im Senat mit einer Berlin-Blockade-Hysterie herumspielten, reagierte die bürgerliche Presse mit gewohntem Antikommunismus (*Bild-Zeitung*-Überschrift: „Stürmt der Osten die Bahnhöfe?“). CDU-Sprecher im Abgeordnetenhaus erklärten sich für die Übernahme der „Betriebsrechte“ der S-Bahn, daß heißt für einen imperialistischen Übergriff gegen den im Potsdamer Abkommen festgelegten Viermächte-Status Berlins.

Bürgermeister Stobbe lehnt aber die Übernahme der S-Bahn ab. Der SPD-geführte Senat lacht sich natürlich ins Fäustchen über die massiven Schwierigkeiten, in denen sich die DDR-Bürokraten befinden, und er betont gerne einmal mehr die „Vorteile des westlichen Systems“. Aber für die S-Bahn und ein paar Hundert Reichsbahnarbeiter die „Entspannungspolitik“ zu gefährden, die die SPD im Interesse des westdeutschen Kapitals vertritt – das ist ein zu hoher Preis. An einer solchen Eskalation haben auch die westlichen Alliierten heute noch kein Interesse.

Und die Westberliner Linke? Die SEW fühlt sich natürlich vom Reichsbahnstreik unmittelbar angegriffen – für sie ist jeder Arbeiterprotest gegen die DDR-Bürokratie „konterrevolutionär“, außerdem besteht – der Umstand entbehrt nicht der Pikanterie – ein hoher Prozentsatz der DR-Belegschaft aus SEW-Mitgliedern. Die im Frühjahr von der Leitung ausgesprochene Kündigung gegen 90 Arbeiter

TLD-Kontaktadressen

FRANKFURT: Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1

WESTBERLIN: Postfach 11 06 47
1000 Berlin 11

trug mit zur Spaltung der SEW im Juni bei, als eine rechte, zum Eurokommunismus tendierende Fraktion, um die Zeitung *Klarheit* gruppiert, die Organisation verließ. Jetzt stehen der SEW neue Schwierigkeiten ins Haus. Das *Span-dauer Volksblatt* zitiert einen älteren Reichsbahner: „Ich bin im FDGB. Ich bin in der SEW. Eben ist meinem Sohn von der Reichsbahn gekündigt worden, nur weil er Unmut über die schlechte Lage der Westberliner Reichsbahner geäußert hatte. Nach zwanzig Jahren trete ich morgen aus der Partei aus.“

Während wirkliche Kommunisten die Streikenden bei ihren ersten, berechtigten Forderungen unterstützten, mußten sie gleichzeitig davor warnen, sich nicht in die antikommunistische Hetze einspannen zu lassen. Genossen der TLD diskutierten mit Reichsbahnarbeitern über eine revolutionäre Perspektive. Dagegen steht die reformistische Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA), eine stalinophobe Schwesterorganisation der französischen OCI, mit ihrer Politik rechts von der SPD und von großen Teilen der Reichsbahnarbeiter. Der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt will die Entspannungspolitik nicht aufgeben und beschränkt sich auf ironische Bemerkungen, aber die ISA fordert die Sozialdemokraten auf, im Geiste des Kalten Kriegs einzugreifen. So heißt es in ihrem Flugblatt: „Gewerkschaften und SPD müssen sofort handeln! ... Schutz der Reichsbahner vor den Schlägertrupps der SED.“ Sie richten sich also an den DGB der „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“, der antikommunistischen Hexenjagd, und an die Sozialdemokratie, deren berühmterichtiges Ostbüro bekanntlich jahrelang als Deckmantel westlicher Geheimdienste im Sowjetblock diente und durch deren Hände die CIA-Millionen für die Konterrevolution in Portugal gingen. Solche „Solidarität“ brauchen die streikenden Westberliner Reichsbahner nicht!

Für die revolutionäre Wiedervereinigung!

Soviel sie sich auch bemühen, in einer so verzwickten Situation – wo an einem empfindlichen Konfrontations-

punkt zweier Blöcke mit entgegengesetzten Klasseninteressen sofort militärische Fragen aufgeworfen werden – konnten die Eisenbahner nicht die Politik aus dem Streik heraushalten. Das Problem der S-Bahn zeigt im Kleinen das Problem der kapitalistischen Inselstadt Westberlin auf. Vor einer revolutionären Wiedervereinigung Deutschlands gibt es keine „Berlin-Lösung“. 1945 hatte die Rote Armee der Sowjetunion Berlin vom Hitler-Faschismus befreit, um später in einem Tauschhandel Westberlin an die Westalliierten abzutreten. 1948/49 waren zwei deutsche Staaten entstanden, ein kapitalistischer Staat, ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat. Bis 1961 hatte die stalinistische Koexistenzpolitik des „Sozialismus in einem halben Lande“ in eine derartige Sackgasse geführt, daß die DDR dazu gezwungen war, sich durch den Bau der Mauer gegen eine Abwanderung ihrer Arbeitskräfte zu verteidigen. Bis dahin war die von der DDR betriebene S-Bahn als Ringbahn durch ganz Berlin gefahren, von nun an existierten zwei getrennte Halbkreise. Der Mauerbau hatte den westdeutschen Imperialismus in Rage versetzt. Antikommunistische Posten riefen zum Boykott der S-Bahn auf: „Jeder Groschen für die S-Bahn bezahlt ein Stückchen Stachel-draht!“ Willy Brandt forderte die Westberliner auf, nicht mit der S-Bahn zu fahren. Gleichzeitig setzte eine systematische Politik des Westberliner Senats ein, das eigene Massentransportwesen BVG so auszubauen, daß es die S-Bahn überflüssig machen würde. Der Ruin der S-Bahn war also Resultat einer gezielten kapitalistischen Kalten-Kriegs-Kampagne. Daher das riesige S-Bahn-Defizit; daher auch die weitverbreitete Verachtung durch die Westberliner Bevölkerung, die viele von ihnen jetzt nicht mehr erdulden

wollten. Die Forderung, die westlichen Alliierten sollten dem Senat die Betriebsrechte „übergeben“, ist ein Angriff gegen die DDR, ein Versuch, Westberlin fester ans kapitalistische Westdeutschland anzuschließen. Trotzlisten unterstützten die ursprünglichen Forderungen der Reichsbahner nach Lohnerhöhungen und Arbeitssicherheit. Aber wenn der Lohnkonflikt sich in einen Angriff gegen die DDR umwandelt, müssen alle klassenbewußten Proletarier den Sowjetblock gegen den Imperialismus bedingungslos verteidigen.

Westberlins Arbeitslosigkeit ist hoch. Wichtige Industriezweige wandern ab nach Westdeutschland und lassen nur unwichtige Zweigstellen zurück, um von den Steuervorteilen zu profitieren. Diese künstlich am Leben gehaltene Stadt ist von ihrer reinen Existenz her eine ständige Provokation gegen die DDR, ein antikommunistischer Brückenkopf in der DDR. Es gibt keine wirkliche Lösung für die Reichsbahner der halben Ringbahn, für die halbe Stadt – außer einer revolutionären Wiedervereinigung Deutschlands. In beiden Teilen Deutschlands muß für die Schaffung von trotzkistischen Parteien gekämpft werden. Die parasitäre Bürokratie der DDR, der mehrere hundert Reichsbahner gleichgültig sind, muß durch die proletarisch-politische Revolution weggefegt werden. In Westberlin und Westdeutschland muß der Herrschaft der Bourgeoisie – und mit ihr die Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen und Kriegshetze – durch die soziale Revolution ein Ende gemacht werden. Die deutsche Revolution ist ein Kernstück des Kampfes für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Und in diesem Rahmen allein kann ein wiedervereinigtes Sowjet-Berlin erneut zur wirtschaftlichen und kulturellen Blüte gelangen. ■

TLD-Veranstaltung bei Frauen-Uni

Über 50 Frauen besuchten die im Rahmen der Westberliner Frauenuniversität durchgeführte TLD-Veranstaltung „Frauen in der islamischen Gesellschaft – proletarische Revolution oder Sklaverei!“ am 3. Oktober. Das Echo im feministischen Milieu nimmt nicht Wunder: die Vertreter der kleinbürgerlichen „Frauen-gemeinsam-sind-stark“-Ideologie schweigen sich zum Thema *Afghanistan*, wo die Frauenfrage brandaktuell ist, aus. Denn am Hindukusch setzt die Frauenbefreiung notwendigerweise die russische Frage, in diesem Fall die Unterstützung für das Eingreifen der Roten Armee gegen die Mullahs und Khane, auf die Tagesordnung.

Die TLD-Referentin Elke Gasper berichtete über das sklavische Leben der Frau in den islamischen Ländern: Analphabetismus, Brautpreis und Schleier liefern die Frauen Irans und Afghanistans völlig der Gewalt des Mannes aus, erst des Vaters, dann des Ehemanns und zuletzt des Bruders. Ihre Rechtlosigkeit ist im Koran festgeschrieben, oft gilt sie weniger als ein Stück Vieh. Die Genossin Gasper schilderte die heroische Arbeit der Bolschewiki unter den Frauen des Ostens, wo die Kommunistinnen den Schleier anlegten, um die Frauen besser ansprechen zu können: denn sie wußten, daß diese Frauen am meisten von der russischen Revolution zu gewinnen hatten, daß sie die Kraft und den Mut haben würden, die feudale Sklaverei zu zerbrechen.

Die Frauenfrage in der islamischen Gesellschaft ist eine

Frage von Leben oder Tod! Und es ist kein Zufall, daß es die feministische Presse vermieden hat, Afghanistan zu erwähnen. Afghanistan ist ein klarer Fall, wo die Seite des menschlichen Fortschritts – auch und zentral für Frauen – die Seite des degenerierten Arbeiterstaates Sowjetunion in seinem Kampf gegen feudale Reaktion ist. Gerade die Weigerung der Feministen, für den Sieg der Roten Armee in Afghanistan einzutreten, zeigt die reaktionäre Konsequenz des Feminismus, der durch seine pazifistische Antwort auf solch entscheidende Fragen die Frauen verrät und sie in den Armen der für den Brautpreis kämpfenden Mullahs beläßt. Für die Frauen in der islamischen Gesellschaft gibt es nur zwei Wege – proletarische Revolution oder Sklaverei.

Wie es in unserem zur Mobilisierung für die Veranstaltung verteilten Flugblatt heißt:

„Daß nicht die ‚autonome‘ feministische Organisation von Frauen die Fesseln der Unterdrückung sprengen wird, zeigt sich nirgendwo eindeutiger als in Ländern wie Iran und Afghanistan, wo der Kampf für die elementarsten demokratischen Rechte ein Angriff auf die Grundlagen dieser kapitalistischen Gesellschaften darstellt. Nur durch den Kampf für die Schaffung einer revolutionären Partei, die Organisation einer kommunistischen Frauenbewegung, wird ein Ende der Knechtung und Unterdrückung möglich werden. Frauenbefreiung durch proletarische Revolution!“ ■



SPARTAKIST

Westberliner S-Bahn-Streik:

An Frontstadtweiche entgleist

Während einer bewegten Woche hatten 600 streikende Westberliner Arbeiter der DDR-eigenen Deutschen Reichsbahn (DR) eine der widersprüchlichsten und schwierigsten Arbeitsniederlegungen der letzten Zeit durchgeführt. Zwar begann sie als ein Arbeitskonflikt über Löhne, Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen. Aber der Streik konnte nicht umhin, Fragen *politischer* Natur aufzuwerfen, da er gerade am Brennpunkt des Klassengegensatzes zwischen den westlichen Imperialisten und den deformierten Arbeiterstaaten des Sowjetblocks ablief. Und als er einem verzweifelten Ende zuzuging, war er auf die Gleise des Kalten Kriegs geraten, wo er nur noch dazu diente, Wasser auf die Mühlen einer Anti-DDR-Hetze von Seiten der BRD-Revanchisten zu gießen. Nach dieser Wende konnte der Streik von klassenbewußten Arbeitern nicht weiter unterstützt werden, die, wie wir Trotzlisten, die kollektivierte Wirtschaft und revolutionären sozialen Errungenschaften „jenseits der Mauer“ trotz aller stalinistischen Deformationen bedingungslos gegen den Imperialismus verteidigen.

Die Streikenden richteten ihren Arbeitskampf gegen die Ostberliner Reichsbahndirektion, um ihre Gehälter zu erhöhen – vor dem Hintergrund eines stark defizitären Transportwesens: die S-Bahn verschlingt jährlich 140 Millionen DM an Westdevisen. Die DDR hält den ganzen Betrieb offensichtlich nur aufrecht, um mit ihrer Präsenz in Westberlin zu demonstrieren, daß Westberlin kein integraler Bestandteil der Bundesrepublik ist, daß Berlin immer noch nach dem Viermächteabkommen von Potsdam verwaltet wird. Wirtschaftlichen Druck konnte die Arbeitseinstellung nicht ausüben: nur 70 000 Personen benutzen täglich die S-Bahn, und der Schienengüterverkehr konnte leicht auf Lastwagentransporte umgeschaltet werden. Die Ostberliner Behörden hatten zwar schon früher beim Westberliner Senat angefragt, ob dieser die S-Bahn subventionieren würde. Aber dieser Versuch, die kapitalistischen Machthaber dazu zu verleiten, mit ihrem Geld DDR-Rechte in Westberlin zu bestätigen, stellte sich bald als reine „Entspannungs“-Träumerei heraus.

Daß der Streik anfangs besonders hohe Wellen schlug, liegt in der Tatsache begründet, daß die Reichsbahner in erheblichem Grade aus Mitgliedern und Sympathisanten der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) bestanden, einem Ableger der ostdeutschen SED. Folgerichtig war die Sympathie der „öffentlichen Meinung“ gegenüber den Streikenden meistens nicht etwa durch proletarische Solidarität verursacht, sondern durch etwas ganz Anderes. Wie die *Frankfurter Rundschau* vom 20. September feststellte:

„Die Schadenfreude freilich hupt mit: denn daß die Arbeitsniederlegungen mit ‚viel Sympathie‘ (der Regierende Bürgermeister Stobbe) von einem Großteil der Bevölkerung West-Berlins verfolgt werden, hängt sicherlich wesentlich damit zusammen, daß es in einer Stadt, die durch eine Mauer geteilt ist, für viele nichts Schöneres gibt, als wenn Kommunisten mit Kommunisten aneinandergeraten.“

Vorher war die Stimmung gar nicht so freundschaftlich. Verbittert klagten die Reichsbahner, sie seien jahrelang als Kommunisten beschimpft und nicht selten angespuckt worden, wenn sie es wagten, in ihrer Uniform auf die Straße zu gehen. Ein Arbeiter, der fünfzehn Jahre lang bei der Reichsbahn beschäftigt gewesen war, erklärte gegenüber einer Genossin der Trotzlistischen Liga Deutschlands (TLD), daß es ihm unmöglich gewesen sei, unter Angabe seines Berufes eine Wohnung zu mieten.

Im Gegensatz zum heuchlerischen und zynischen Beifall der bürgerlichen Presse und Politiker war für uns Trotzlisten der Streik der Westberliner Reichsbahner von größter Bedeutung – vor dem Hintergrund der Streikbewegung in Polen im August –, es ging darum, ihm einen ausgeprägten proletarischen Charakter zu geben. (In Polen war die Streikbewegung, obwohl sie bedeutsame Konzessionen vom stalinistischen Regime errang, stark von der katholischen Kirche und sozialdemokratischen Dissidenten beeinflusst, was letztendlich eine konterrevolutionäre Gefahr darstellte.) Doch anstatt an ihre Ostberliner Kollegen zu

Von DDR-Bahnpolizei besetztes Stellwerk



appellieren, sie mit Solidaritätsstreiks zu unterstützen und dadurch einen gewaltigen antibürokratischen Arbeiterprotest auszulösen, haben sich die Streikenden immer deutlicher an West-Gewerkschaften und den Senat gewandt – was zum Verfall und dann zur verzweifelten Niederlage ihrer Aktion führte.

Entwicklung eines verfehlten Streiks

Der Streik bei den Westberliner DR-Arbeitern war vor dem Hintergrund einer ersten Entlassungswelle im letzten Frühjahr zustande gekommen. Als die Betriebsleitung Mitte September eine erhebliche Einschränkung ihres S-Bahn-Fahrplans ankündigte, sowie die Stilllegung der Hälfte der Westberliner Güterbahnhöfe bevorstand, sahen sich die Eisenbahner mit Massenentlassungen bedroht. Und das bei einem Betrieb, der Ende der sechziger Jahre Arbeitskräfte mit dem Slogan „... sichere Arbeitsplätze in einem sozialistischen Betrieb der DDR“ geworben hatte. Neben diesen Rationalisierungsplänen kamen als weiterer Streikanlaß noch die sinkenden Reallöhne hinzu. Als die Reichsbahner dann am 17. September in den Streik traten, stellten sie folgende Forderungen auf: 160 DM Lohnerhöhungen, verbesserte Sozialleistungen und Angleichung der Löhne an die Bezahlung bei der westdeutschen Bundesbahn (DR-Angestellte verdienen 20–25 Prozent weniger als DB-Eisenbahner).

In der Presse sind sofort Vergleiche mit den jüngsten Streiks in Polen aufgetaucht, als auf der Streikversammlung die Forderung nach „freien Gewerkschaften“ erhoben wurden. Zu Beginn weigerten sich die Streikenden entschieden, sich gegen die DDR-Regierung auszuspielen zu lassen. Sie verlangten, ihre eigenen Vertreter *in den ostdeutschen Gewerkschaftsverband FDGB* wählen zu können und sie nicht weiter von oben einsetzen zu lassen. Auch reagierten die Streikenden mit berechtigtem Mißtrauen gegenüber der plötzlichen Sympathiewelle, die vom Westberliner Senat bis hin zur revanchistischen Springer-Presse reichte. So meinte einer: „Wir lassen uns nicht vor den Karren des Senats spannen, damit sie uns nach Beendigung des Streiks wieder fallen lassen“ (*Der Abend*, 19. September). Interviews mit Springer-Zeitungen wurden verweigert, Gelder der erzmaoistischen, antisowjetischen MLD, erklärte uns einer der Streikführer, würden sie nicht annehmen.

Während des gesamten Streiks beteiligten sich ungefähr 600 der 3 500 DR-Beschäftigten an der Arbeitsniederlegung, sie behaupteten noch weitere 1 000 Sympathisanten unter den Reichsbahnarbeitern zu haben. Sie wurden von

einem Streikkomitee geleitet, das auf einer 600-köpfigen Vollversammlung gewählt worden war. Als ersten Schritt besetzten die Streikenden den Containerbahnhof Moabit und legten sofort den gesamten Güterverkehr von und nach Westdeutschland lahm. Am Abend des 17. September schlossen sich die Westberliner S-Bahn-Bediensteten dem Streik an; Stellwerke wurden besetzt. Auf dem S-Bahn-Gelände setzte nun die Reichsbahnleitung zum Teil aus Ostberlin importierte Streikbrecher ein, und die DDR-Nachrichtenagentur ADN verleumdete die Streikenden als „Kriminelle, Terroristen und Provokateure“. Achtzig Streikende wurden entlassen. Der Streikkampf spitzte sich zu, als am 20. September die Streikenden das Stellwerk am Bahnhof Zoo besetzten, um den Personenverkehr mit Westdeutschland stillzulegen; Westberliner Polizei verhinderte, daß die DDR-Reichsbahnpolizei diese Schlüsselposition mit Äxten und Brechstangen stürmte. Am nächsten Tag versuchten circa 100 SEWler das Stellwerk zu stürmen, wobei es zu einer Auseinandersetzung mit der Westberliner Polizei kam; diesmal verließen die Streikenden den besetzten Ort.

Am Montag, den 22. September, vollzog sich eine grundlegende Kehrtwendung des Streiks, als dessen Führer erklärten, die Streikenden seien nicht mehr bereit, für die Reichsbahn zu arbeiten. Sie wandten sich nun an den Westberliner Senat und forderten, dieser solle mit den „Alliierten“ und der Ostberliner Regierung zwecks Übernahme der Betriebsrechte für die S-Bahn und sonstigen Bahngeländes verhandeln. Zur Verzweiflung gebracht durch die hartnäckige Weigerung der DDR-Spitze, die geringsten Zugeständnisse zu machen oder auch nur mit dem Streikkomitee zu verhandeln, gerieten die Streikenden in antikomunistisches Fahrwasser. Doch vergebens. Der Senat lehnte diese neue politische Forderung sofort ab, und in den nächsten Tagen ließ die Westberliner Polizei trotz Appellen der Streikenden zu, daß die DR-Bahnpolizei die besetzten Stellwerke eins nach dem anderen räumte; auch die britische Militärpolizei verhielt sich ruhig, als am 23. September die Streikzentrale am Containerbahnhof geräumt wurde.

Am Ende folgten etwa 500 DR-Arbeiter dem Aufruf ihrer Führer und akzeptierten das Arbeitsplatzangebot seitens der BVG und der Bundesbahn. In einer letzten Erklärung des Streikkomitees hieß es bezeichnenderweise: „Wir sind Berliner und wir wollen dieselben Rechte wie unsere Kollegen in den Westbetrieben haben. Natürlich, und dar-

Fortgesetzt auf Seite 11